

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**EU-Gipfel:
Ordnungs-
politik für den
Kontinent**

Seite 3



*Landesparteitag
der Berliner PDS
zu Bürgerrechten und
öffentlicher Sicherheit
in Berlin.*

Seite 26

*Bild: Gefangengenommener
Flüchtling*



**Warnstreiks
bei den
Versicherungen**
Seite 20



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
EUGipfel: Ordnungspolitik für den Kontinent	3
Großer Lauschangriff	4
Abschiebung Konsulatsbesetzer ..	5
ERNK-Sprecher vor Auslieferung an BRD	5
§ 218: Verfassungsgericht stoppt CSU-Sonderweg	6
Die FDP und die Rente	6

Auslandsberichterstattung

Frankreich: Viele Streitpunkte für die Koalitionsregierung	7
Congo: Fortsetzung der Machtverschiebungen?	7
Türkei: Das Militär droht wieder mal mit einem Putsch	8
„Frieden für Kurdistan“	9
Indonesien: Regime zelebriert Wahlerfolge	9
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Köln: Gegen Privatisierung, Ausgrenzung und Sicherheitswahn ..	13
Brandanschlag Friedrichshafen ..	14
Ungeklärte Brände in Ludwigshafen	14
DGB-Jugend: Türkische Armee raus aus Kurdistan	15
Friedenszug von Brüssel nach Diyarbakir	15
Gemeinsam gegen Burschenschaften	15
ÖTV Berlin: Gegen Privatisierung	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Chemie: Läßt sich die Fläche im Korridor verteidigen?	19
Daimler: Jeder Arbeiter ein „shareholder?	19
Warnstreiks Versicherungen	20
Tarifabschluß Banken	21
Brief an Schulte	22

Diskussion und Dokumentation

Strategiediskussion PDS	22
PDS Berlin: Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit	23
Buchrezension: Volksgemeinschaft ohne Verbrecher	24

Letzte Seiten

Einladung Linke Sommerschule Schnepfenthal	27
Termine	28

IN BONN VERFASSUNGSSCHUTZ?

In einer kleineren Anfrage (Ds. 13/7772) haben die Bündnisgrünen die Erwähnung antifaschistischer Aktivitäten, Zeitungen und Treffen im Verfassungsschutzbericht des Bundes kritisiert. Diese würden „mit fragwürdigen Begründungen“ genannt. So werde gegen ein „bundesweites Antifa-Treffen“ nur angeführt, dort werde „intensive antifaschistische Recherche und Archivarbeit“ betrieben und mit der Sonderzeitung „Tuu matsch Nazis“ eine Kampagne gegen die „Jungen Nationaldemokraten“ eingeleitet. Über die Zeitschrift „Der Rechte Rand“ werde berichtet, daß dort Mitglieder der VVN-/BdA publizieren. Solche Einschätzungen sind für die Bündnisgrünen „nicht nachvollziehbar“. Sie möchten wissen, welche Kriterien es für die Veröffentlichung über rechts- oder linksextremistische Gruppierungen, Zeitschriften und Verlage im „Verfassungsschutzbericht“ gibt.

DEUTSCH-PERSISCHES ABKOMMEN.

Die PDS-Bundestagsgruppe hat einen Antrag eingebracht, das 1929 geschlossene „Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien“ zu kündigen. Das Abkommen sieht vor, daß Staatsbürger des jeweils anderen Landes nur werden kann, wer aus der alten Staatsbürgerschaft entlassen wurde. Da sich die iranische Regierung weigert, iranische Flüchtlinge und Oppositionelle aus der Staatsbürgerschaft zu entlassen, können diese keine deutsche Staatsbürgerschaft erwerben – selbst wenn sie womöglich seit Jahrzehnten in der BRD leben und alle Voraussetzungen des ohnehin restriktiven deutschen Staatsbürgerschaftsrechts erfüllen. Spätestens nach dem „Mykonos“-Prozess, so die PDS, sei es an der Zeit, das Abkommen seitens der BRD zu kündigen.

LÄRMSCHUTZ.

Mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD hat der Verkehrsausschuß des Bundestags Mitte Juni einen Gesetzentwurf der Bündnisgrünen abgelehnt, der einen einklagbaren Anspruch auf Schutz vor Verkehrslärm vorsah. Die Grünen wollten so eine Senkung des Lärmpegels an Straßen, Flugplätzen, Tempolimits sowie ein Lärmschutzprogramm für Bahnstrecken betreiben. Nur die PDS stimmte mit ihnen, weil sie in Teilen mit den dort vorgebrachten Positionen übereinstimme.

KALIFUSION.

Bei einer Übernahme der BASF-Anteile an der Kali und Salz AG durch das kanadische Unternehmen PCS droht eine neuerliche Kaliwerkschließung im Osten. Darauf hat der PDS-Abgeordnete Jüttemann, früher Betriebsrat im Kaliwerk Bischofferode in Thüringen, anlässlich des Gutachtens der Monopolkommission zu dem von der BASF gewünschten Verkauf hingewie-

sen. „Wenn der BASF-Konzern seine Anteile an Kali und Salz an PCS verkaufen darf, sind nach der Zwangsschließung von Bischofferode und anderer ostdeutscher Gruben weitere Arbeitsplätze in der deutschen Kaliindustrie – in erster Linie offensichtlich in Zielitz – aufs höchste gefährdet. ...“, so Jüttemann. „Diese Rechnung darf nicht aufgehen. Vielmehr kommt es darauf an, den Deal der BASF mit PCS zu verhindern. Schließlich hat BASF 1 Mrd. DM an öffentlichen Mitteln kassiert mit der Maßgabe, die 7.500 noch vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten. Dafür muß der Konzern in die Pflicht genommen werden.“ Wirtschaftsminister Rexrodt solle dem Verkauf nicht zustimmen. Das Kaliwerk Zielitz ist größter Industrie-Arbeitgeber im Norden Sachsen-Anhalts.

EUROFIGHTER.

Die grüne Bundestagsabgeordnete Angelika Beer hat die Bundesregierung aufgefordert, die Haushaltsskrise zum Anlaß zu nehmen, um das Projekt „Eurofighter“ sofort zu beenden und die Bundeswehr drastisch zu verkleinern. „Der Koalitionsstreit um die Beschaffung des Eurofighter erinnert an Szenen im Sandkasten, bei denen es darum geht, wer denn das schöne Kriegsspielzeug der Zukunft zuerst haben darf.“ Verteidigungsminister Rühe hoffe immer noch, „daß die Geschosse, die CSU-Landesgruppenchef Gloss und ‚FDP-Verteidigungsexperte‘ Koppelin loslassen, um den Supervogel durch Buchhaltertricks zugunsten der bayerischen Rüstungsindustrie zu bauen, oder zugunsten anderer Rüstungsprojekte in Schleswig-Holstein durchzuziehen, von dem eigentlichen Dilemma ablenken: Die Bundeswehr ist pleite.“ Angelika Beer: „Kriegsspielzeug gehört nicht in Kinderhände. Wir fordern die Koalition auf, den Streit um die Finanzierung des Eurofighters zu beenden und endlich der Realität ins Auge zu sehen. Noch besteht die Chance, aus der Not eine Tugend zu machen, um der veränderten Sicherheitslage in Europa gerecht zu werden: Verzicht auf Beschaffungen im Bereich der Interventionsfähigkeit und drastische Reduzierung der Bundeswehr durch Abschaffung der Wehrpflicht. 50.000 Freiwillige als vorläufige Restgröße würden reichen.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST?

Am 26. Juni berät der Bundestag abschließend über die Steuerreformgesetze von Regierung und Opposition für 1998 und 1999 und im Zusammenhang damit über den „Aufbau Ost“. Dann folgt in 1. Lesung Blüms Rentenreform, der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit, die Lehrstellen situation. Am Freitag ist eine Regierungserklärung Kohls zum Weltwirtschaftsgipfel in Denver vorgesehen sowie Beratungen über das „Anti-Korruptionsgesetz“ der Regierung und über die Nato-Osterweiterung. Dann beginnt die „Sommerpause“ im Bundestag. Am 8./9. Juli ist Nato-Gipfel in Madrid zur Nato-

„Euro-Front“ ist stabilisiert, jetzt folgt die Verlegung der „Bündnisgrenzen“ nach Osten

EU-Gipfel: Ordnungspolitik für den Kontinent

Am 16./17. Juni fand in Amsterdam die EU-Regierungskonferenz zu Maastricht II statt, kurz nach der deutsch-französischen Konferenz in Poitiers, drei Wochen nach der Konferenz der NATO-Staaten mit Rußland in Paris, kurz vor der G-7/G-8-Konferenz in Denver und wenige Wochen vor dem NATO-Gipfel zur Osterweiterung, der am 8/9. Juli in Madrid stattfinden wird.

Die Abfolge ist ein Auszug aus dem Zeitplan für die Neuorganisation der Machtverhältnisse in Europa oder, wie *Die Zeit* unter dem Titel „Die nächste Weltordnung, Amerikaner und Europäer fügen Ost und West neu zusammen“ bedeutsam hervorhebt: „Ende der achtziger Jahre, als sich die Ordnung von Jalta auflöste, begann eine Phase des Wildwuchses. Jetzt ist sie von einer Phase des planvollen Bauens abgelöst worden. Die Ordnung der Zukunft gewinnt Umriß und Gestalt ... Die Akzentverschiebung von der Geopolitik und Geostrategie hin zur Geoökonomie hat neue Reibungsflächen geschaffen.“ (*Die Zeit*, 21.6.97)

Teile der Presse berichten eher lustlos über den Amsterdamer „geoökonomischen“ Gipfel: über die Gefahr der Euro-Aufweichung falls die Neuverschuldungsquote von 3% nicht eingehalten werde, über die Möglichkeit, die Euro-Einführung zu verschieben, es aber doch nicht zu tun, weil es einem Scheitern der Wirtschafts- und Währungsunion gleichkäme.

Ganz anders die Reaktion auf Amsterdam bei der Regierung Kohl und der rechten Presse. Wie munter Kohl noch nachts um 1.30 Uhr war, weiß die Welt zu berichten. Kein Wunder: „Erfolg beflogt“ (18.6.) „Die intensiven Verhandlungen haben gestern in Amsterdam doch noch zu einem guten Ende gefunden: Der Stabilitätspakt, der die Länder, die an der gemeinsamen europäischen Währung teilnehmen werden, zu dauerhafter Haushaltksolidierung verpflichtet, kann von den Staats- und Regierungschefs feierlich verabschiedet werden. Die Voraussetzungen für den Start des Euro sind geschaffen.“ (*Die Welt*, 17.6.97)

Worin besteht der „beflügelnde“ Erfolg der Regierung Kohl?

Erstens darin, daß der „Stabilitätspakt“ bekräftigt und gegen das Ansinnen der französischen Regierung nach Beschäftigungsmaßnahmen auf europäischer Ebene verteidigt wurde. Daß die Wahlversprechen der Regierung Jospin nicht auf die EU durchschlagen würden, war bereits im Vorfeld sichergestellt. Auf dem Nationalrat seiner Partei am 14.6. hatte Jospin erklärt: „Ich will keine dreifache Krise mit Deutschland, dem Elysee und den Finanzmärkten.“ (*L'Express*, 19.6.). So wurde in Amsterdam nur eine unverbindliche Erklärung zur Beschäftigungs-politik abgegeben. Aus dem Kinkel-Umfeld verlautete dazu in gewohnt rüder Manier: „... Der Formelkompromiß, wonach die Europäer ihre Beschäftigungs-politik koordinieren, ist nach Ansicht eines Kinkel-Beraters nichts anderes als ‚weiße Salbe und Placebo‘.“ (*Wirtschaftswoche*, 19.6.97)

Der „Stabilitätspakt“ aber bedeutet nicht nur, daß mit Zwangsgeldern Überschreitungen der Neuverschuldungsgrenzen geahndet und die eingezogenen Gelder an die Stabilitätsgewinner verteilt werden. Der „Stabilitätspakt“ ist eine Absicherung der Monopolstellung deutscher Konzerne auf dem europäischen Kontinent. Er verbietet nicht nur wachsende Staatsverschuldung für mögliche Beschäftigungsprogramme, er macht auch staatlich geförderte Aufholprogramme für schwächere Industrien in den Konurrenzländern der deutschen Konzerne fast unmöglich.

„Franzosen und Deutsche haben ihre Meinungsverschiedenheiten nur überkleistert“, klagt ein Brüsseler Währungs-experte. (*Die Wirtschaftswoche*) Der Konflikt mit Frankreich liegt nicht nur in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wo die Regierung Jospin eine Erhöhung des Mindestlohnes um 4%, die Beendigung der Entlassungen im öffentlichen Dienst und die Schaffung von 700.000 Arbeitsplätzen versprochen hat, die deutschen Konzerne aber alle sozialen Standards einreißen. Konfliktstoff liegt auch in der künftigen NATO-Struktur, in die sich Frankreich wieder eingliedern will, die USA aber nicht bereit sind, ihre Kommandohöhen abzugeben, und im weiteren Osterweiterungsmarsch der EU und der NATO.

Und das ist der zweite Pluspunkt, den Kohl für sich verbucht. Die Ergebnisse von Amsterdam haben die deutsche Position in der EU bestärkt und die Basis für die Osterweiterung von EU und NATO unter deutscher Führung in besonderer „Partnerschaft“ mit den USA sichergestellt.

7.000 FRAUEN DEMONSTRIERTEN BEIM EU-GIPFEL FÜR KURDISCHES SELBSTBESTIMMUNGSRECHT



Amsterdam, 16. Juni. Es ist ein sonniger Vormittag, an dem sich vor dem Bahnhof Tausende von bunt – vor allem rot, gelb, grün – gekleidete Kurddinnen versammeln. Die meisten von ihnen haben eine lange Fahrt hinter sich. Viele kommen aus Deutschland und sind in der Nacht von München, Hamburg oder Berlin aufgebrochen. Überwiegend Frauen mit oder ohne Kinder sind dem Aufruf der „Freie Frauen Union Kurdistan“ (JAJK) gefolgt, um gegen die „Verräte und für die Zerschlagung der Besetzung“ Südkurdistans zu demonstrieren.

Die Türkei marschierte im Mai mit der Unterstützung der KDP (Demokratische Partei Kurdistans) Masut Barzanis im Nordirak ein. Ursprünglich hieß es, die PKK-Stützpunkte dort zu bekämpfen, dann wollten sie eine Pufferzone errichten, also länger bleiben. Nun gibt es erste Rückzugsbewegungen. Amsterdam war ausgewählt worden, da dort das Gipfeltreffen der Regierungschefs der EU stattfand. Es war daher ein Protest gegen die Unterstützung der Türkei durch Europa. Auf Transparenten und Plakaten forderten die Frauen mehr Demokratie in der Türkei und eine friedliche Lösung der Kurdischen Frage. d.g.

Lothar Rühl, Publizist und immer gut für ein offenes Wort für deutsche Interessen, schreibt kurz nach dem Amsterdamer Gipfel: „Wenn es nach dem Willen der Verbündeten geht, sollen am 9. April 1999 zur 50. Wiederkehr des Gründungstages Polen, Tschechien und Ungarn als Mitglieder der NATO am Ratstisch sitzen.“ Der US-Verteidigungsminister Cohen habe in Brüssel lapidar mitteilen lassen, die Begrenzung der ersten Beitrittsgruppe auf die drei Vorzugskandidaten sei „nicht verhandelbar.“

Ungarn rückt an „deutsche Ostgrenze“

In der Auseinandersetzung um das weitere Vorgehen bei der Osterweiterung werden die Gewichte innerhalb der europäischen Führungsmächte verteilt. „Paris hat mit der Unterbrechung seiner Rückwende zur militärischen NATO zur Verweigerung in Washington beigetragen und damit die Chance seines prospektiven Klienten Rumänien zunächst verspielt ... Bonn hat sich allzu auffällig für Slowenien eingesetzt und dessen Aufnahme als deutsche Chefsache erscheinen lassen, was die Opposition anderer Parteien hervorrief. Insgesamt aber sind die deutschen Interessen von der restriktiven Erweiterungspolitik Clintons gedeckt. Es wurde erreicht, was man in Bonn seit 1993 will – eine östliche Bündnisgrenze jenseits der deutschen Ostgrenze.“ (Rühl in *Die Welt*, 20./21.6.97) Nicht ohne Absicht übersieht Rühl, daß Ungarn nicht an Deutschland grenzt, und erklärt die österreichisch-ungarische Grenze bereits zur deutschen Ostgrenze.

Neue deutsche Mitteleuropapolitik

„Kohl hat die Euro-Front stabilisiert“ (*Wirtschaftswoche*), das ermöglicht im nächsten Schritt die Führung bei der Erweiterung der Front im Osten. Die Länder mit den größten deutschen Kapitalanlagen in Osteuropa werden unter die militärische Kontrolle der NATO gestellt. Unter dieser Kontrolle erfolgt die Verhandlung über die Aufnahme in die EU. Eine neue deutsche Mitteleuropapolitik nimmt Gestalt an – in „Führungspartnerschaft“ mit den USA gegenüber Rußland. Längst werden keine Hoffnungen mehr auf eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der osteuropäischen Ländern durch EU- und NATO-Anschluß geweckt. Stabilisierung der „Euro-Front“, Verschiebung der „östlichen Bündnisgrenzen“ über die „deutsche Ostgrenze“ – so werden die Interessensphären im klassischen Stil europäischer Machtpolitik abgesteckt.

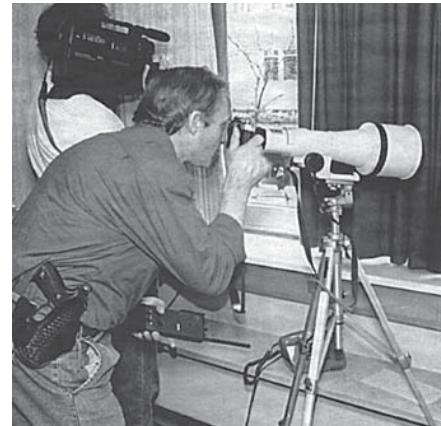
Dazu bedarf es aber der Frontbegradiung im Inneren, das heißt auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik und der institutionellen EU-Organisation. Das ist der dritte Erfolgspunkt der Kohl-Regierung, der in vielen Berichten über den Gipfel in Amsterdam kaum Erwähnung findet. Das Schengener Abkommen soll zum integralen Bestandteil der EU-Organisation werden. Die Freizügigkeit für

Drittstaatenangehörige mit legalem Aufenthalt in der EU wird verweigert. Um die reaktionäre deutsche Asyl- und Ausländerpolitik in Europa durchzusetzen, wurde in diesem Punkt das Einstimmigkeitsprinzip verankert, damit die BRD nicht überstimmt werden kann, während in anderen Fragen, wo die wirtschaftlichen Machtverhältnisse zählen, das Mehrheitsprinzip ausgeweitet werden soll. Europol soll operative Befugnisse bekommen, ohne daß ein europäisches Gericht besteht, das gegen Übergriffe von Europol-Beamten angerufen werden kann. Auf dem Gebiet der gemeinsamen Außenpolitik der EU wurde ein begrenztes Mehrheitsprinzip eingeführt, das gemeinsame politische und militärische Aktionen derjenigen erlaubt, die diese für nötig halten. Der Generalsekretär des Europäischen Rates wird zum Repräsentanten der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Er erhält eine eigene Planungsgruppe und pflegt die Kontakte zur WEU. Dafür soll die WEU erst später in die EU integriert werden, wenn alle Mitglieder dafür sind.

Laut Kohl ist die Währungsunion „eine Frage von Krieg und Frieden“. Den bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber, der das anzweifelte und für Verschiebung des Euro eintrat, rüffelte Kohl von Amsterdam aus, er solle gefälligst nicht mit der „Apothekerwaage“ die Prozente der Neuverschuldung abwägen. (*Süddeutsche Zeitung* 21./22.6.97) Nationale Kritik hat in Deutschland noch immer den kürzeren gezogen gegenüber dem Verweis darauf, daß die wirklichen nationalen deutschen Interessen in der „Führung“ und Kontrolle anderer Staaten liegen. Für die Schwäche linker Kritik ist das kein Trost. chc

les Grundrecht außer Kraft, unterwirft die Privatsphäre des Bürgers der Kontrolle des Staates.

Der zur Disposition gestellte Artikel 13 des Grundgesetzes lautet: „(1) Die Wohnung ist unverletzlich. (...) (3) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes oder auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ... vorgenommen werden.“ Nun haben bereits 15 von 16 Bundesländer (Ausnahme: Bremen) ihre Polizeien in unterschiedlichem Maße zum Abhören von Wohnungen ermächtigt: im Bereich der Prävention (Vorbeugung von Straftaten). Durch die Änderung des Grundgesetzes soll die Ermächtigung auf die Strafverfolgung ausgeweitet werden, was nicht nur die Zahl der Abhörmaßnahmen drastisch steigern wird, sondern das Verhältnis von Staat und Bürger qualitativ verändert, die Abwehrrechte des Bürgers weiter zugunsten staatlicher All-



Quellen: FAZ, Die Welt, Die Zeit, Süddeutsche Zeitung, Wirtschaftswoche vom 16.6. bis 21.6.97

CDU/CSU/FDP/SPD vor Einigung?

Großer Lauschangriff

Presseberichten zufolge stehen CDU/CSU/FDP/SPD vor der Einigung über den Großen Lauschangriff. Nach dem Beschuß des Bundesgerichtshofes, der Abhörmaßnahmen gegen Vereinsräume eines kurdisch-deutschen Freundschaftsvereins Anfang 1997 prinzipiell als grundgesetzwidrig beurteilte, hatten die staatstragenden Parteien Gespräche über eine Grundgesetzänderung aufgenommen, die nun kurz vor dem Abschluß stehen.

Zwar war nicht in Erfahrung zu bringen – das Büro Schily, der federführend für die SPD-Fraktion die Gespräche mit den Regierungsparteien führte, verweigerte die Auskunft –, wie die Einigung genau aussieht. Doch wie auch sie im einzelnen aussehen mag: Die Durchsetzung des Großen Lauschangriffs setzt mit der Unverletzlichkeit der Wohnung ein zentra-

macht verschiebt. Des weiteren wird, wie die Grünen in einer Pressemitteilung vom 13.6. zu Recht festhalten, die Rolle der Sicherheitsbehörden grundlegend geändert: Sie erhalten nachrichtendienstliche Befugnisse, die in der Bundesrepublik bisher offiziell sogar den Geheimdiensten vorenthalten sind.

Die Regierungsparteien hatten zur Änderung des Artikels 13 Abs. 3 die folgende Formulierung vorgeschlagen: „Zur Verfolgung im Gesetz einzeln bestimmter besonderer Straftaten dürfen aufgrund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen eingesetzt werden.“ Wobei nicht nur die Wohnungen Beschuldigter zur Überwachung freigegeben werden sollen, sondern alle Wohnungen, in denen sich Beschuldigte womöglich aufhalten. Der CSU geht das nicht weit genug, sie will die akustische durch die Videoüberwachung ergänzen. Die „Bedingungen“, die die SPD an ihre Zustimmung zur Grundgesetzänderung knüpft(e), sind kaum mehr als Kosmetik: Falls der Bundestags den Großen Lauschangriff tatsächlich mit der notwendigen Mehrheit von zwei Dritteln ab-

segnet, kann man sich von der Zustimmung und Kontrolle der Abhörmaßnahmen durch ein parlamentarisches Gremium, wie die SPD sie fordert, wirklich nichts versprechen, vorausgesetzt, sie wird überhaupt durchgesetzt.

Über den Katalog der Straftaten, bei deren Verfolgung die Polizei zur elektronischen Überwachung Wohnungen ermächtigt wird, scheint es kaum Differenzen zu geben. In der Diskussion sind v.a. Drogenkriminalität, schwerer Menschenhandel, Zugehörigkeit zu einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung, Bandendiebstahl, besonders schwere Raubdelikte, schwere Formen von Hehlerei, Geld- oder Wertpapierfälschung sowie Hoch- und Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit. Auch wenn tatsächlich „nur“ Beschuldigte im Bereich Organisierte Kriminalität betroffen wären, wäre die Aufhebung ihrer Grundrechte nicht hinnehmbar. Der diskutierte Katalog zeigt aber an, daß der Große Lauschangriff direkt auch auf die politische Opposition und auf Widerstandsbewegungen zielt. Bei der Kurdenverfolgung etwa könnten zukünftig im privaten Kreis getane Meinungsäußerungen gerichtlich verwertet werden als „Beweise“ für Zugehörigkeit für behauptete „terroristische Vereinigungen“.

scc

Kurdische Konsulatsbesetzer sollen in die Türkei abgeschoben werden

Verfassungsbeschwerde gegen Kanther

Die bayerischen Ausländerbehörden wollen die Kurden, die im Sommer 1993 das türkische Generalkonsulat in München aus Protest gegen türkische Massaker vorübergehend besetzt und mehrere Geiseln genommen hatten, nach Ablauf ihrer Strafhaft in die Türkei abschieben. Mit einer Verfassungsklage gegen die Aufhebung des Asylrechts durch den berüchtigten Briefwechsel von Bundesinnenminister Kanther mit seinem türkischen „Amtskollegen“, in dem dieser höhnisch versichert hatte, Abgeschobene Flüchtlinge würden in der Türkei nicht gefoltert, sondern „rechtsstaatlich behandelt“, versucht die Münchner Anwältin Felicitas Kohler, die erste Abschiebung zu verhindern.

Die 13 jungen Kurden waren 1994 vom obersten bayerischen Landesgericht wegen der Botschaftsbesetzung zu Haftstrafen zwischen zweieinhalb und viereinhalb Jahren verurteilt worden – wegen gemeinschaftlicher Geiselnahme.

Der erste, der jetzt abgeschoben werden soll, ist der 32jährige Sazil Cetin. Bereits vor einem Jahr, am 1. August 1996, war er in einen Bus gesetzt und zum Flughafen gefahren worden. Obwohl ganz offensichtlich war, daß er in der Türkei sofort gefoltert würde – die türkische Presse hatte die Vorbereitungen zu der Ab-

schiebung genauestens verfolgt und darüber berichtet – gelang es seiner Münchner Anwältin Felicitas Kohler erst im letzten Augenblick, die Abschiebung zu verhindern.

Kurze Zeit nach dem Scheitern des ersten Abschiebeversuchs berief sich das Landratsamt im bayerischen Günzburg nunmehr auf den Briefwechsel zwischen Bundesinnenminister Kanther und dem türkischen Innenminister, in dem dieser vor Jahren eine „rechtsstaatliche Behandlung“ zugesichert hatte – eine Farce, wie alle Menschenrechtsorganisationen, IHD, amnesty, PRO ASYL und sogar der Ex-SPD-Innenminister von NRW, Herbert Schnoor, immer wieder nach Be suchen in der Türkei bekräftigt haben.

Trotzdem will das Landratsamt Sazil Cetin weiter abschieben. Der Fall liegt inzwischen beim Bundesverfassungsgerichts, bei dem die Anwältin Kohler Verfassungsbeschwerde gegen diesen ominösen Briefwechsel eingelegt hat.

Zynisch und menschenverachtend wieder einmal das Bundesinnenministerium. Als Stellungnahme Kanthers zu der Verfassungsbeschwerde der Anwältin teilte das Ministerium lapidar mit: „Nach hiesigen Feststellungen“ sei Abgeschobenen keine menschenrechtswidrige Behandlung widerfahren.

Ähnlich lakonisch hatte das Ministerium kürzlich eine lange Liste von Folterfällen, die ihm die PDS-Abgeordnete Jelpke in einer Anfrage zugeleitet hatte, kommentiert: Man wisse von den Vorwürfen von IHD u.a., aber „amtlich“ seien solche Praktiken in der Türkei dennoch unbekannt.

Wann das Verfassungsgericht sich mit der Beschwerde der Anwältin befassen wird, ist nicht bekannt.

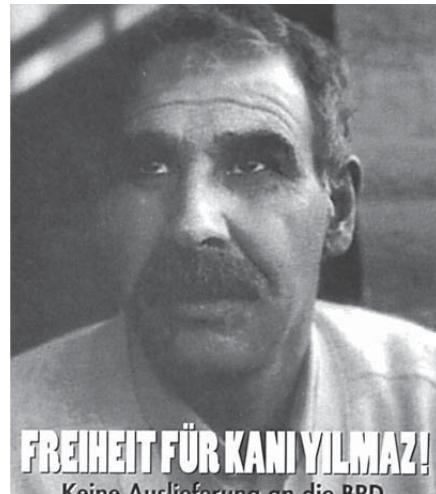
rül

Kani Yilmaz

ERNK-Europasprecher vor Auslieferung an BRD

Der frühere ERNK-Europasprecher Kani Yilmaz wird vermutlich in den nächsten Tagen in die Bundesrepublik ausgeliefert. Mitte Juni entschied ein Ausschuß des britischen House of Lords ohne weitere Begründung, den Appell von Kani Yilmaz und seinen Anwälten gegen die von der Bundesanwaltschaft geforderte Auslieferung des kurdischen Politikers nicht zur Beratung zuzulassen.

Damit sind die Rechtsmittel gegen die Auslieferung von Kani Yilmaz erschöpft, es liegt jetzt allein noch beim britischen Innenminister, die Auslieferung aus politischen Gründen nicht zu genehmigen – was völlig überraschend wäre, schließlich hatten die britischen Behörden schon bei der Verhaftung des kurdischen Politikers vor zweieinhalb Jahren zu erkennen gegeben, daß sie die Bemühungen der PKK um eine politische Lösung der Kur-



FREIHEIT FÜR KANI YILMAZ!
Keine Auslieferung an die BRD

ROTE HILFE



Solidarität ist eine Waffe!

Seit Ende 1994 ist der frühere ERNK-Europasprecher Kani Yilmaz in London in Haft. Seine Verhaftung erfolgte wenige Meter vor dem britischen Unterhaus, wohin ihn britische Abgeordnete eingeladen hatten, um die Vorstellungen der PKK für eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts zu erläutern.

dischen Frage ähnlich wie die deutsche Regierung torpedieren wollen.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe will Kani Yilmaz für sämtliche Brandanschläge und ähnlichen Aktionen verantwortlich machen, die insbesondere 1993 in der BRD gegen türkische Einrichtungen stattfanden – gleichgültig, ob für diese Aktionen bis heute überhaupt konkrete kurdische Täter gefunden und verantwortlich gemacht werden konnten. So soll Kani Yilmaz u.a. für einen Brandanschlag in Wiesbaden auf ein türkisches Vereinsheim verantwortlich gemacht werden, bei dem eine Person ums Leben kam, ebenso für die Besetzung des türkischen Generalkonsulats in München im Sommer 1993 und andere Aktionen.

Zum Beweis ihrer Anklage wird die Bundesanwaltschaft wie schon im ersten großen Kurdenprozeß in Düsseldorf vor mehreren Jahren wahrscheinlich erneut dubiose „Kronzeugen“ aufbieten darunter den durch seine Buchveröffentlichung schon zu zweifelhaftem Ruhm aufgestiegenen Ex-PKKler Selim Cürrükaya, denen allerlei Versprechungen gemacht wurden, damit sie die von der Anklage gewünschten Beschuldigungen liefern.

Die Auslieferung kann also der Auftakt zu einem erneuten antikurdischen und durch deutsche außenpolitische Ziele im Mittleren Osten motivierten politischen Schauprozeß sein. Ob das gelingt, ist freilich fraglich. Denn welche verbrecherischen Kreise die deutsche Politik im Mittleren Osten stützt, ist spätestens seit den Enthüllungen über die Rauschgiftgeschäfte und Verbrechen der Frau Tansu Ciller und der türkischen Militärs sattsam bekannt.

rül

Verfassungsgericht stoppt CSU-Sonderweg

Mit seiner einstweiligen Anordnung vom 24. Juni gab das Bundesverfassungsgericht der bayerischen Staatsregierung und der CSU-Fraktion im Landtag eine schallende Ohrfeige: Die verschärften bayerischen Gesetze stehen im Widerspruch zum Bundesabtriebsrecht. Sie sichern nicht die dort verlangte ortsnahen Versorgung von Frauen und bringen den behandelnden Ärzten wirtschaftliche Nachteile. Die Ärzte Staph (München) und Freudemann (Nürnberg) können vorerst weiter ihre angesehenen Praxen offen halten.

Schon bei der mündlichen Verhandlung am 27. Mai mußte Bayerns Sozialminister Barbara Stamm feststellen, daß außerhalb von CSU-Bayern ihre Karten gar nicht gut aussehen. Derzeit führen die beiden klagenden Ärzte 80 Prozent der Abbrüche in Bayern durch. Erneut wurde Frau Stamm vor Gericht mit der Frage konfrontiert, wie sie die Versorgungslücke füllen will, wenn nach der bayerischen Sondervorschrift nur 25 Prozent der Praxiseinnahmen aus Abbrüchen kommen und nur Fachärzte für Gynäkologie dafür zugelassen werden dürfen. Sie hat das im Landtag sowie in öffentlichen Protesten zigmals gehört und immer entrüstet zurückgewiesen. Jetzt aber schlug sie wieder einen Sonderweg – diesmal in Sachen Demokratie – ein. Sie erklärte vor Gericht, daß sie bereit wäre, im Bedarfsfall die Initiative zu einer Übergangsregelung bei der 25%-Vorschrift zu ergreifen. Die SPD griff sie daraufhin als „Gesetzesmutter“ an und die *Süddeutsche Zeitung* kommentierte dieses Recht nach Bayernart: „Ein dreistes Manöver: Auch in Bayern werden Gesetze nicht von der Regierung per Dekret erlassen“. Ein zweiter Sonderweg folgte sogleich: Die Ministerin ließ über die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns allen 133 Ärzten, die in der Vergangenheit Abbrüche vorgenommen haben, einen Fragebogen zusenden. Darin sollten sie ankreuzen, ob und ggf. wann sie die Absicht haben, die nach dem neuen Gesetz notwendige Erlaubnis zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen zu beantragen. Außerdem sollten sie angeben, wieviel Abbrüche sie im Monat vornehmen können. Die Fragebögen mußten innerhalb von vier Tagen per Fax – und anonym – beantwortet werden. Mit den Ergebnissen dieser hektischen Faxaktion wurde das Gericht noch kurz vor der Entscheidung konfrontiert. Und die Mitglieder des Landtags wurden erneut herabgesetzt: Wieso hat das Ministerium solche Umfragen nicht dem Landtag vorgelegt und Versorgungsuntersuchungen abgelehnt? Um die Versorgung geht es dem Ministerium tatsächlich nicht. Das zeigt auch die Faxumfrage: Es wurde nicht danach ge-

fragt, ob der Arzt bereit ist, Schwangerschaftsabbrüche bei sozialer Indikation vorzunehmen. In der Gerichtsverhandlung kam dann zutage, daß die von der Ministerin genannten Ärzte bisher fast ausschließlich nur zu Abtreibungen aus medizinischer Indikation bereit waren. Allerdings haben erst 14 Ärzte eine Genehmigung nach den bayerischen Regeln beantragt.

Die Anordnung des Bundesverfassungsgerichts hat nun für sechs Monate Geltung. Im Herbst wird die endgültige Entscheidung fallen. *baf*

Die FDP und die Rente

Wie die Liberalen „Sparen“

Letzte Woche hat das Bundeskabinett Blüms Rentensenkpaket auf den Weg ins Parlament gebracht. Die FDP, derzeit wegen der drohenden Einschränkung der steuerlichen Verlustvorträge selbst aus der Wirtschaft hart kritisiert – will dabei in dem Rentenreformpaket noch einen besonderen „Dreh“ einbauen: die betrieblichen Renten sollen noch stärker begünstigt werden.

Anhebung des Rentenalters, Senkung des Rentenniveaus von angeblich 70% der beruflichen Einkommen auf angeblich 64% und andere Gemeinheiten sind in Blüms Gesetz vorgesehen. Ganz richtig hat SPD-MdB Dressler kritisiert, die Regierung verringere das Vertrauen in die gesetzliche Rente „gegen Null“, und außerdem seien die 45 Jahre Arbeitsleben, die Blüms Rentenformel von den 70% zugrunde liegen, eine Fiktion. In Wirklichkeit würden viele Menschen wg. Ausbildung, Kindern, Arbeitslosigkeit usw. weniger arbeiten, so daß bei Blüms Reform besonders Frauenrenten unter Sozialhilfeneiveau sinken würden.

In besser verdienenden Lohn- und Gehaltszonen hat deshalb schon lange der Trend zu privaten Lebensversicherungen immer mehr zugenommen. Ende 1996 hatten laut Bundesbank private Lebensversicherungen bereits Vermögen von 768 Mrd. DM aufgehäuft, über 64 Milliarden DM mehr als ein Jahr davor.

IM BOOM: VERMÖGENSANLAGEN VON LEBENSVERSICHERUNGSSUNTERNEHMEN

Dezember 1994 . . . 641,3 Milliarden DM
Dezember 1995 . . . 703,8 Milliarden DM
Dezember 1996 . . . 768,0 Milliarden DM

aus: Bundesbank, Monatsberichte Dezember 1996 und Mai 1997

Die FDP freut's, und grimmig wehrt sie sich im Auftrag ihres gutbetuchten Klientels gegen jede Besteuerung dieser enormen Privatvermögen – steigen doch damit auch ihre Aussichten, die gesetzlichen Sozialversicherungen auf Arme-Leute-Minimalversicherungen herun-

terzubringen – ein strategisches Ziel, das Kapitalisten und FDP schon lange verfolgen.

Freilich: Der Boom der privaten Lebensversicherungen drängt auch die betrieblichen Rentenversicherungen in den Hintergrund – und schwächt so ein Instrument der Kapitalisten, die Bindung von Beschäftigten an die Firma zu verstärken und zugleich enorme steuerfreie Rücklagen zu bilden. Mit Blüms Rentengesetz hat die FDP deshalb auch Änderungen zur Begünstigung solcher Betriebsrenten auf den Weg gebracht.

So hatte das Bundesarbeitsgericht vor Jahren entschieden, Betriebsrenten müßten alle 3 Jahre mindestens in Höhe der Teuerungsrate angehoben werden, sofern dadurch nicht die Existenz der Firma gefährdet werde. Diese Entscheidung hatte das Vergnügen der Kapitalisten an solchen Rücklagen gedämpft, sie fanden, das sei „nicht kalkulierbar“ – zumal das Steuerrecht solche Rücklagen für Teuerungsausgleich nicht immer anerkennt.

In Blüms Rentengesetz ist deshalb jetzt die Regelung enthalten, daß Arbeitgeber vom Teuerungsausgleich befreit werden, wenn sie sich verpflichten, betriebliche Renten um mindestens 1% jährlich zu erhöhen. Das pikante dabei: Für die „1% jährlich mehr“ können steuerfreie Rücklagen gebildet werden, so daß Waigel wieder einmal mit Steuerausfällen rechnen muß – jährlich 1,8 Milliarden DM weniger von den Firmen, haben seine Beamten ausgerechnet. Zu 45% zahlt nämlich in Wirklichkeit der Finanzminister die betrieblichen Renten – durch Steuerverzicht für die Unternehmen.

Blüm will dieses neue Steuergeschenk nur für neue Betriebsrenten einführen. Der FDP geht das nicht weit genug. Sie verlangt die Steuerbefreiung und Ein-Prozent-Regelung rückwirkend für alle betrieblichen Renten. Andernfalls, so FDP-„Sozialexpertin“ Babel, werde man Blüms Rentengesetz blockieren. Proteste aus der Union, man könne doch nicht rückwirkend Ansprüche auf Betriebsrenten zugunsten der Firmen verringern, es gäbe doch „Vertrauenschutz“, wischte der berüchtigte FDP-Justizminister Schmidt-Jortzig beiseite.

Vorläufiges Ende: Die Minister Blüm, Waigel und Rexrodt vereinbarten eine „Protokollnotiz“, wonach die Besteuerung betrieblicher Renten außerhalb des Rentenreformpakets geregelt werden soll. Womit die Kapitalisten eine neue Steuerentlastung so gut wie im Sack haben. Denn das Rentenreformgesetz muß durch den Bundesrat, d.h. die SPD kann intervenieren. Die neuen Steuervorschriften für Betriebsrenten dagegen können allein vom Bundestag verabschiedet werden. Ein Sieg der FDP und der Kapitalisten also – wenn nicht Waigels Haushaltschaos die FDP noch zum Rückzug zwingt. *rül*

Quellen: Handelsblatt, 17. und 18. Juni; Bundesbank, Monatsbericht Mai 1997

Viele Streitpunkte für die rosa-rot-grüne Koalitionsregierung

Von Bernhard Schmid, Paris

Frankreichs sozialistischer Premierminister Lionel Jospin hat am 19. Juni seine Regierungserklärung vor dem Parlament abgegeben und damit die Grundzüge der Arbeit der rosa-rot-grünen Linkskoalition der Öffentlichkeit präsentiert. Ein Versuch, eine erste Bilanz der neuen Linksregierung zu ziehen.

Die erste von der Regierung bekanntgegebene Reformmaßnahme war am 10. Juni die Absicht, unter bestimmten Voraussetzungen „illegal“ in Frankreich lebenden Ausländern nach einer Einzelfallprüfung bei den Präfekturen auf Grundlage von sechs Kriterien Aufenthaltspapiere zu erteilen. Von Regierungsseite her wird aber betont, daß es sich nicht um eine der breiten „Legalisierungsoperation“ von 1981/82 vergleichbare Maßnahme handele. Damals hatten 132.000 „illegale“ Ausländer Papiere erhalten.

Darüber hinaus kündigte Jospin in seiner Regierungserklärung an, ab Herbst solle erneut das „ius soli“ eingeführt werden, das durch die „Pasqua-Gesetze“ 1993/94 eingeschränkt worden war.

Der neue Innenminister, der Linksnationalist Jean-Pierre Chevenement, hat unterdessen zu seinem Kabinettsdirektor Jean-Pierre Duport ernannt, der seit 1993 als Präfekt im Département Seine-Saint Denis amtierte und dort für eine besonders harte Linie in Sachen Immigrationspolitik und Abschiebung bekannt war. So ließ er vor einem Monat Raschid Tigidet, der seit 15 Jahren in der Pariser Vorstadt Aubervilliers lebte, in das vom Bürgerkrieg zwischen Militärjunta und islamischen Fundamentalisten geschützte Algerien abschieben. Es scheint also für die „voller Hoffnung zur Präfektur eilenden Ausländer“ ratsam, nach den Worten des PS-Abgeordneten Rechtsanwalts Yann Galut „nur in Begleitung dorthin zu gehen“.

Ebenfalls in seiner Regierungserklärung bekräftigt hat Jospin den mit den Grünen vereinbarten Abschied von manchen umweltzerstörenden Großprojekten wie dem geplanten Rhein-Rhône-Kanal (dessen angeblichen Sinn niemand mehr so recht nachvollziehen konnte) und manchen Autobahnprojekten.

Besondere symbolische Bedeutung aber hat die von der neuen Umweltministerin Dominique Voynet (Die Grünen) bekanntgegebene Absicht, den schnellen Brüter Superphenix in Malville endgültig stillzulegen und damit eine tickende Zeitbombe nahe der Schweizer Grenze zu entschärfen. Ein Zeitplan für die Ab-

schaltung ist bis dato noch nicht bekannt. Die 56 in Frankreich laufenden Atomkraftwerke (von weltweit 430) stehen freilich nicht vor der Abschaltung: Sozialisten und Grüne haben sich lediglich auf einen Baustopp bis zum Jahr 2010 verständigt.

Das „Aus“ für den „Schneller Brüter“ ist zunächst einmal nur das logische Nachvollziehen des technischen Scheiterns einer Serie. Dennoch existiert keine Einigkeit dafür, sich vom „Schnellen Brüter“ zu verabschieden. Die Atomin industrie, unterstützt von der politischen Rechten, möchte ihn gerne – als „Forschungsanlage“ – behalten, um eine teure und symbolträchtige Bauruine sowie mögliche Schadensersatzansprüche europäischer Partner, die wie der deutsche RWE-Konzern an dem Projekt beteiligt sind, zu vermeiden.

Hinzu kommt jedoch die öffentliche Meinung in der Region Isere, wo Superphenix der größte örtliche Arbeitgeber und Steuerzahler ist und die ihm oft zuarbeitende örtliche Wirtschaft um strukturelle Einbrüche im Fall einer Stilllegung des Reaktors fürchtet. Am 12. Juni gründeten daher 3.000 Personen in Creys-Mépieu ein Unterstützungs komitee für Superphenix, unter ihnen acht Bürgermeister, auch kommunistische. Die Gewerkschaftsverbände CGT-Energie und FO-Chemie haben sich auf nationaler Ebene gegen die Stilllegung gewandt, wobei die CGT immerhin eine „demokratische Debatte um die Energiezukunft des Landes“ einfordert; der FO-Verband bedient sich allein altbekannter Argumente der Atomlobby (Bedrohung von Wachstum und Lebensstandard ...). Das ist genau die Art von Verteidigung von Arbeitsplätzen, wie die Arbeiterbewegung sie nicht betreiben dürfte: blind und nicht über den eigenen Tellerrand hinausdenkend.

Die KP-Tageszeitung *L'Humanité* beförderte unterdessen das Anliegen der „Verteidiger von Superphenix“ und berichtete apologetisch darüber, als handle es sich um einen x-beliebigen Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Der Name von Dominique Voynet oder der Grünen fielen in dem Humanité-Artikel nicht ein einziges Mal.

In seiner Regierungserklärung gab Jospin einige Eckdaten der künftigen Weichenstellungen auf sozialpolitischem Gebiet bekannt. So soll der gesetzliche Mindestlohn SMIC um 4 Prozent von derzeit 6.406 auf 6.660 Francs (umgerechnet von 1.900 auf 1.975 DM) erhöht werden: die Kommunisten hatten im Wahlkampf als Sofortmaßnahme die Lohnerhöhung

„um 1.000 Franc ab Juli“ und mittelfristig „einen Mindestlohn von 8.500 Francs“ (2.520 DM) gefordert.

Im Herbst soll ferner eine „Lohnkonferenz mit den Sozialpartnern“ einberufen werden, auf welcher ein Grundsatzbeschuß über die Arbeitszeitverkürzung gefällt werden soll. Jospin zufolge soll die 35-Stunde-Woche bis zum Ende der fünfjährigen Legislaturperiode über „Verhandlungen der Sozialpartner“ erreicht werden.

Dies entspricht der letztjährigen Programmdebatte der Sozialisten, während das gemeinsame Papier von Parti Socialiste und PCF im Wahlkampf ein „Rahmengesetz zur 35-Stunde-Woche zu Anfang der Legislaturperiode“ in Aussicht gestellt hatte.

Congo / Zentralafrika

Fortsetzung der Machtverschiebungen?

Übergänge in Zentralafrika: Mobutu befindet sich noch immer mit großem Anhang in einem extra angemieteten Hotel nahe Tanger/Marokko. In der Zentralafrikanischen Republik haben sich inzwischen mehr als 50.000 Menschen aus Zaire eingefunden, meist ehemalige Mitkämpfer des „Leoparden“. In Congo-Brazzaville tobtt derweil ein blutiger Machtkampf.

Kabila hat seine Regierungsgruppe erweitert, zu den Auslandsschulden sollen neue Verträge ausgehandelt werden wie auch zu der Ausbeutung der Minen. Die USA äußern verhaltene Optimismus über die Entwicklung in der Demokratischen Republik Congo (ehemals Zaire), in den Nachbarstaaten sind die Verhältnisse jedoch prekär.

Es existieren sowohl in Angola wie auch in Congo-Brazzaville Versuche, die innere Balance zu ändern. Inwieweit dabei eine Rivalität zwischen Frankreich und den USA eine zentrale Rolle spielen, ist eher eine Spekulation (vgl. FAZ vom 17. Juni und *Süddeutsche Zeitung* vom 18. Juni).

In Angola hat sich die Regierung nach der Niederlage Mobutus in Ex-Zaire schnell an bislang im Norden des Landes von der UNITA gehaltene Territorien herangearbeitet und neue Geländegewinne gemeldet.

Das Land war bislang zwischen MPLA-Regierung und der Savimbi-Faktion praktisch aufgeteilt, im Süden wie auch im Norden, zur Grenze nach Zaire hin, hatten sich Savimbi-Truppen festgesetzt, deren langanhaltender Rückhalt mit dem Sturz von Mobutu verloren ging.

Nunmehr, angesichts der drohenden Verluste, versucht Savimbi offen mit einer Rückkehr zum Krieg zu pokern, die Geländegewinne stellen das labile Kräfteverhältnis im Land in Frage. Dennoch

werden seine internationalen Helfer ihn, der auch im Diamantengeschäft tätig ist, dabei nicht mehr groß unterstützen können, seine strategischen Rückhalte sind mehr und mehr zusammengebrochen.

Anders sieht es derzeit in Congo-Brazzaville aus; ein Land von der Größe Deutschlands. Hier ist ein offener Krieg zwischen zwei Machtfraktionen ausgebrochen, der einerseits den Kampf um nationale Vorherrschaft zur Ursache hat, andererseits auch auf Verschiebungen in Ex-Zaire zurückzuführen ist. Es handelt sich jedoch nicht – wie in Zaire – um einen Befreiungskampf.

Die neue Regierung in Kinshasa hatte den gegenwärtigen Präsidenten in Congo-Brazzaville beschuldigt, etwa 2.000 Soldaten des alten Regimes aufgenommen zu haben; lediglich der Fluß Congo trennt beide Länder.

Dort seien sie mit Waffen aus französischen Beständen neu versorgt worden. Dem Präsidenten Lissouba wurden enge Beziehungen zu Mobutu nachgesagt. Gleichzeitig hat seine Regierung die Repatriierung der ruandischen Flüchtlinge verlangt; dabei handelt es sich hauptsächlich um Angehörige der Anti-Tutsi-Milizen.

Französische Truppen waren daran beteiligt, die „EuropäerInnen“ außer Landes zu bringen. Inzwischen ist durch UN-Vermittlung eine Feuerpause vereinbart worden; OAU-Einheiten sollen ins Land gebracht werden.

Hintergrund sind offenkundig u.a. Wahlen, die für den 27. Juli vorgesehen sind, wie auch die Auflösung zahlreicher Milizverbände. Der Rivale des Präsidenten, Nguesso (selbst einmal Präsident gewesen, früher mal als „linkssozialistisch“ definiert), droht damit, ganz Zentralafrika in Brand zu setzen, wenn diese Wahlen stattfinden würden. Insbesondere beschuldigt er die gegenwärtige Regierung zielloser Attacken gegen die Zivilbevölkerung, was zu Hunderten von Toten geführt habe.

Streit um Ölgeschäfte?

Welche Interessen hier die französische Regierung – wie auch die USA – ausspielen, ist nicht klar erkennbar. Beide werden versuchen, das Konfliktverhältnis zwischen den congolesischen Rivalen letztlich zu ihren Gunsten auszubauen. Ob Lissouba oder Nguesso gewinnen, ist noch keineswegs ausgemacht.

Dem widerspricht nicht, daß die Kontrolle über die Ölressourcen sichergestellt werden soll, ob dies nun durch Elf-Aquitaine oder US-amerikanische Konzerne erfolgen soll. Eine nur – wie z.B. die FAZ – aus außenpolitischen Gründen geführte Analyse über die inneren Verhältnisse in Congo-Brazzaville greift sicher zu kurz.

Es ist aber gut, daß die Ereignisse in afrikanischen Ländern – wenn auch auf martialischen Entwicklungen aufbauend – stärker ins Bild gerückt und beachtet werden. *mc*



Links: Generalstabschef Ismail Hakki Karadayi. Rechts: Ex-Regierungschef Erbakan

Die türkische Regimekrise dauert an

Das Militär droht wieder mal mit einem Putsch

Möglicherweise nur noch durch eine „Revolution der politischen Kultur“ – also eine radikale Verfassungsreform – sei die Türkei vor einer längeren Krise mit der Gefahr eines neuerlichen Militärputsches auf der einen Seite und/oder einer weiteren Islamisierung auf der anderen Seite zu retten, berichten auf einmal hiesige „Türkeiexperten“ vom Bosporus. Vorerst überwiegen die Anzeichen für einen neuen Putsch.

Die türkischen Militärs jedenfalls drohen wieder einmal mit dem Putsch. Sie verlangen von den Parlamentsparteien die Bildung einer Regierung unter Ausschluß der islamistischen Refahpartei. Es ist ungewiß, ob es zu einer tragfähigen Regierung des „nationalen Kompromisses“ kommt. Yilmaz, Führer der rechten Mutterlandspartei, braucht dafür die Partei von Ciller (DYP), die mit ihren Korruptions- und Mafiageschäften schwer unter Druck geraten ist.

Wirtschaftliche Zerrüttung und eine Auslandsverschuldung von mittlerweile rund 75 Mrd. Dollar sind u.a. das Ergebnis eines seit 1984 Jahre währenden Krieges in Kurdistan. Auch der jetzige Überfall auf Südkurdistan (Irak) treibt das türkische Regime immer tiefer in die Krise, der Rückzug hat nach schweren Verlusten aus Südkurdistan begonnen.

Von den türkischen Generälen wird in vielen deutschen Medien seit jeher ein Bild der Stabilität und Ordnung gemalt – je nach Richtung erscheint die Armee dem Leser nach dem erzwungenen Rücktritt des islamistischen Ministerpräsidenten Erbakan als Retter vor der „islamischen Gefahr“, als eiserner Besen gegen Filz, Mafia und Korruption, zumindest aber als Garant eines westlichen Kurses der Türkei.

Erinnert wird, daß die Generäle schon drei Mal putschten: 1960, 1971 und 1980. Tatsächlich sicherten alle diese Putsche ein brutales Gewaltregime gegen die arbeitenden Klassen und unterdrückten Völker in der Türkei.

Die Armee „rettete“ 1960 die Türkei angeblich vor der „kommunistischen Gefahr“. Tatsächlich verjagten Bauern damals so manchen Aga aus den kurdischen Gebieten. Die Bewegung gegen Lohnsenkungen, Verknappung der Lebensmittel und den Terror von Polizei und Militärs hatte auf die Großstädte im Westen der Türkei übergegriffen. Die Regierung verhängte daraufhin den Ausnahmezustand über die kurdischen Provinzen und die Städte Istanbul, Izmir und Ankara. Trotzdem wurde der Nato-Ministerrat am 1. Mai 1960 in Ankara von Demonstranten und Protesten auseinander gejagt.

Unter dem Faschisten Türkesch putschte darauf das Militär. Prozesse folgten, Todesstrafen wurden verhängt. Im Gefängnis verschwanden schon damals unter anderem der 32 Jahre später durch einen bis heute angeblich nicht ermittelten Mörder, in Wirklichkeit in staatlichem Auftrag ermordete angesehene kurdische Schriftsteller Musa Anter und der auch heute noch vom Regime verfolgte kurdische Schriftsteller Yasar Kemal.

In der deutschen regierungsnahen Zeitschrift *Außenpolitik* schrieb ein

„Frieden für Kurdistan“

**Veranstaltung in Hamburg startet
Unterschriftensammlung**

Auf einer Veranstaltung in Hamburg am 17. Juni zur Besetzung der südkurdischen UN-Schutzzone durch türkische Truppen wurde die folgende Resolution verabschiedet. Die kurdische Hilfsorganisation „Heyva Sor a Kurdistane“ ruft dazu auf, die Resolution durch weitere Unterschriften zu unterstützen.

Resolution: Frieden für Kurdistan

Die Besetzung der UN-Schutzzone in Südkurdistan (Nordirak) durch die türkische Armee ist ein völkerrechtswidriger Akt. Die Hauptleidtragende ist die kurdische Zivilbevölkerung. Bereits in den ersten Stunden der türkischen Invasion wurden zivile Ziele bombardiert. In Erbil wurde sogar ein Krankenhaus des Kurdischen Roten Halbmondes am 16. Mai 1997 angegriffen und hilflose Patienten regelrecht exekutiert. Die türkische Armee hat Tausende Zivilisten gefangen genommen, über deren Verbleib

und Behandlung zur Zeit nichts bekannt ist. Wir befürchten, daß diese Gefangenen zu Opfern von Folter und Mord werden.

Bei der Besetzung der Schutzzone handelt es sich offensichtlich um die konsequente Fortsetzung des seit 13 Jahren andauernden Krieges in Nordwestkurdistan (Türkei). Auch hier führt die türkische Republik einen nicht erklärten Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung. Mit der Begründung, es handele sich um einen innerstaatlichen Konflikt, wird internationalen Beobachtern und Hilfsorganisationen der Zugang in das Kriegsgebiet verwehrt. Damit werden jede Dokumentation begangener Kriegsverbrechen und notwendige humanitäre Hilfen verhindert.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- die Invasion der türkischen Armee zu verurteilen
- sich für den Schutz der kurdischen Zivilbevölkerung, für einen sofortigen Abzug der türkischen Truppen und die Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen den Kriegsparteien einzusetzen
- die Waffenhilfe für die Türkei einzustellen.

Initiatoren: Pastoor Friederike Raum-Blöcher, Verständigungsarbeit für Wilhelmsburg in St. Raphael, Flüchtlingsbeauftragte des Kirchenkreises Harburg • Prof. Dr. Klaus Roeber, Evangelisches Missionswerk Hamburg, Referat Mittelost • Pastor Konrad Lübbert, Vorsitzender des internationalen Versöhnungsbundes, Dt. Zweig • Dr. med. Gisela Penteker, Vorstandsmitglied der Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg - Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW Deutschland) • Julia Carmesin, Bezirksversammlung Harburg, Bündnis 90/Die Grünen • Kurdischer Roter Halbmond • Kurdischer Roter Halbmond, Regionalbüro Hamburg

Erstunterzeichner: Enno Jäger, Rechtsanwalt, Hamburg; Dipl. Ing. Architekt Karsaz Soreni, Hamburg; Ilhami Akter, DFG-VK Hamburg; Wolfgang Struwe, Kurdistan Solidarität Hamburg; Ralph Warnke, Kurdistan Solidarität Hamburg; Solidaritätskomitee Kurdistan, Hamburg; Kurdistan Volkshaus e.V., Hamburg; Mesut Dogan, Journalist, Özgür Politika, Hamburg; Prof. Dr. med. Gerhard Garweg, Hamburg; Maria Garweg, Arzthelferin, Hamburg; Björn Stehn, Rechtsanwalt, Hamburg; Ursula Hein, Rechtsanwältin, Hamburg; Dr. Heinz-Jürgen Schneider, Rechtsanwalt, Hamburg; Gerd Schumann, Journalist, Hamburg; Prof. Dr. med. U. Gottstein, IPPNW International und Deutschland, Frankfurt.

Franz von Caucig damals zur Rechtfertigung des Militärputsches:

„In der Türkei ist seit jeher das Militär als Ordnungs- und Machtfaktor beliebt und geschätzt ... Es gibt eine starke Mehrheit in den Städten, die wünscht, daß die Wahlen noch längere Zeit hinausgeschoben würden, daß die Aburteilung der Schuldigen am wirtschaftlichen und finanziellen Ruin der Türkei noch unter die Militärherrschaft falle, daß auch die Rückführung Hunderttausender von Bauern, Landarbeitern und Arbeitsscheuen aus den Städten aufs Land durch das Militär durchgeführt werde und das Militär überhaupt so lange neben den zivilen Ministern stehe, bis alle jene, die von Ataturk, seinem Staatsaufbau, seinen Reformen, seiner Säuberung der Verwaltung usw. ... jetzt unter einer starken Verwaltung merken, was ein geordneter Staat bedeutet ...“ (*Außenpolitik*, 11. Jhg. 1960, S.525f)

Sechs Jahre später ergänzte ein Herr von Zitzewitz in der *Europäischen Wehrkunde*:

„Heute, knapp drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verfassung, steht die türkische Armee als Hüterin des Erbes Atatürks praktisch vor der gleichen Frage wie im Mai 1960: Wie kann das Reformwerk Mustapha Kemals fortgesetzt und vollendet werden ...“

Die Armee schlug „als Hüterin des Erbes Atatürks“ vor allem Bauerndemonstrationen in Diyarbakir, Batman und Hakkari nieder. Die rebellierenden Dörfer und die Führer der Bewegung wurden durch Umsiedlungsaktionen aus den

kurdischen Provinzen entfernt. Die türkische Regierung stationierte 90.000 Mann Gendarmerie- und Armeegruppen in fast jedem Dorf. Wieder beruhigte der Autor von Zitzewitz die deutsche Öffentlichkeit: „Unruhen auf dem Lande braucht die Regierung trotz beginnender kommunistischer Wühlarbeit weniger zu befürchten.“ (*Europäische Wehrkunde*, 1966, S. 176f)

Die Bauern forderten eine Bodenreform und besetzten Ländereien, Arbeiter besetzten Fabriken, in drei Jahren fanden über 760 Streiks statt. Das Militär hängte den Ausnahmezustand und putzte 1970 erneut.

In den siebziger Jahren entwickelte sich die kurdische Bewegung, es kam zur Gründung kurdischer Organisationen und schließlich der PKK. Ende 1978 wurde über die kurdischen Provinzen das Kriegsrecht verhängt, das bis heute andauert. Zwei Jahre später erklärte der Putschgeneral Evren, „daß die lebenswichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, vor die sich unser Land gestellt sieht, zur Zeit solche Ausmaße angenommen haben, daß sie unseren Staat und die Nation in der nackten Existenz bedrohen.“ Nach dem Putsch im September 1980 meldete die deutsche Botschaft „gedämpften Optimismus“.

Auch heute überwiegt das Verständnis für die Militärs in der deutschen Politik. Die G-7-Staaten verabschiedeten vor wenigen Tagen gemeinsam mit Rußland wieder einmal eine Erklärung gegen den „Terrorismus“. rub

Siegerpos(s)en auf dem Archipel Suharto

Indonesien: Regime zelebriert Wahlerfolg

Von Rainer Werning

„Worum ging es eigentlich“, fragte die *Jakarta Post* in ihrer Ausgabe vom 30. Mai, „wenn der Gewinner ohnehin feststand?“ Eine kecke, unterschellige, gar subversive Frage, auf die in Indonesien nur einer eine bündige Antwort parat hat - nämlich Bapak, der oberste Landesvater... Seine seit über 30 Jahren regierende Golkar - ein funktionales Bündnis der drei strategischen Gruppen aus Militär, Staatsbürokratie und Wirtschaftselite - hat offensichtlich weit mehr als die von ihr selbst vorausgesagten 70,02 Prozent der Stimmen bei den Wahlen zur Neubesetzung des Abgeordnetenhauses (Parlament) am 29. Mai gewonnen. Zur Wahl standen in 305.000 dafür eigens eingerichteten und über 17.000 Inseln, Riffe und Atolle vertretenen Lokalen 425 der insgesamt 500 Sitze. Die restlichen 75 Posten sind von vornherein für das Militär reserviert, aus dessen Kreis handverlesene Lieblinge Suhartos in dieses erlauchte Gremium entsandt werden.

Noch vor der offiziellen Bekanntgabe der Wahlergebnisse Mitte Juni deutete alles darauf hin, daß Golkar sich gar selbst noch unterschätzt hatte. Erste Hochrechnungen räumten ihr 91 Prozent ein. Abgeschlagen folgten die aus vier Parteien

verschmolzene muslimische Vereinte Entwicklungspartei (PPP) und die gespaltene, christlich-national orientierte Demokratische Partei (PDI) mit sieben beziehungsweise zwei Prozent. Das war dann wohl doch zu viel des Guten. Bereits einen Tag nach der Wahl ermittelten des Generals gewiefte Statistiker eine realistischere, fortan gültige Stimmenaufteilung - für Golkar demnach knapp 74 Prozent, für die PPP etwa 23 Prozent und nur magere drei Prozent für die PDI. Der General zeigte sich in seiner ersten Stellungnahme „glücklich über den Verlauf der Wahl“. Aus dem Innenministerium schallte das Echo zurück: „Allah sei gepriesen, der Präsident ist zufrieden“. Was eine wachsende Zahl seiner Landsleute ganz anders sieht.

Blutiger Wahlkampf – abgekartetes Kandidatenpiel

Trotz strenger Überwachung der Wahlkommission seitens des Innenministeriums mit ihrer vorab penibel gefilterten KandidatInnenliste und staatlich verordneten Jubels gab es diesmal wenig Anlaß zur Freude. Es war der bislang blutigste Wahlkampf in der Geschichte des Landes, zu dem rund 125 Millionen IndonesierInnen über 17 Jahre zur Stimmabgabe aufgerufen waren. Über 200.000 Sicherheitskräfte waren ständig im Einsatz. Über 300 Menschen fanden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Armee und Polizei den Tod, darunter etwa 130 Personen bei einem von aufgebrachten Golkar-GegnerInnen entfachten Kaufhausbrand in Banjarmasin, der Hauptstadt der Provinz Süd-Kalimantan (Borneo). Auf der von Djakarta seit 1975 widerrechtlich annexierten Insel Ost-Timor überschatteten bewaffnete Konfrontationen zwischen Regierungstruppen und der für Unabhängigkeit kämpfenden Fretelin die Wahl, wobei nach ersten Berichten mindestens 14 Menschen ums Leben kamen.

Vor fünf Jahren hatte Golkar 68 Prozent erhalten, die PPP 17 und die PDI 15 Prozent. Beide Minderheitsparteien waren im Wahlkampf massiven Behinderungen ausgesetzt. Bereits im Juli 1996 wurde die PDI-Vorsitzende Megawati Sukarnoputri, die Tochter des charismatischen Staatsgründers Sukarno, auf Betreiben der Regierung von der Parteispitze verdrängt. Es kam zu massiven Protestdemonstrationen. Die erst im Mai vergangenen Jahres gegründete Volksdemokratische Partei (PRD) wurde besonders in die Mangel genommen und bezichtigt, die Sommer-Unruhen angezettelt zu haben. Führende Mitglieder der PRD und der gleichsam illegalen, seit 1994 bestehenden unabhängigen Gewerkschaft PPBI sowie der Generalsekretär der anderen unabhängigen Gewerkschaft SBSI und schließlich der (wegen Majestätsbeleidigung zwischenzeitlich amtsenthobene) Parlamentarier Sri Bintang Pamungkas sind zur Zeit wegen Subversion angeklagt.

Sie haben etwas getan beziehungsweise gebilligt, was sich im heutigen Indonesien nicht geziemt; Anfang Juli 1996 hatten sie einen friedlichen, doch von Sicherheitskräften prompt und brutal aufgelösten Streik von etwa 15.000 ArbeitnehmerInnen aus zehn Fabriken in Surabaya angeführt. Ihre – vom Regime ebenso rasch als „unmäßig und unverantwortlich“ verworfenen – Forderungen: Einführung eines landesweit geltenden Mindestlohns von 7.000 Rupiah pro Tag (umgerechnet gerade mal fünf Mark) sowie ein Ende militärischer Einmischung in Arbeitskonflikte und das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften. Die regimekritische Informationsstelle Watch Indonesia wußte zudem zu berichten, daß zu den in der Vergangenheit bestreikten Unternehmen auch die Textilfirma PT Sritex zählte. Die, so Watch Indonesia, vermochte sich erst jüngst einen Großauftrag an Land zu ziehen: die Fertigung von Uniformen für die Bundeswehr.

wie unabhängiger Gewerkschaften sind den Machthabern ein Dorn im Auge.

Überdies liegt solche Unbotmäßigkeit mit der ideologisch verbrämten Herrschaftsphilosophie über Kreuz - der Pancasila, den „Fünf Säulen“ des Staates (Glaube an Gott, Menschlichkeit, Nationalismus, vom Konsensprinzip geleitete Demokratie, soziale Gerechtigkeit).

Diese genuin indonesische Variante des politischen Korporativismus schnürt seit nunmehr 31 Jahren, als sich Suharto mit hartgesottenen Gefolgsleuten in Abwehr eines vermeintlichen Coups linksgerichteter Offiziere selber an die Macht putschte, den Handlungsspielraum von KritikerInnen und GegnerInnen des Regimes beträchtlich ein – häufig bei Gefahr für Leib und Leben. 1965/66 sind im Zuge der Absetzung Sukarnos und im Übereifer, eine buchstäbliche „Generalsäuberung“ des Landes durchzuführen, mindestens 200.000 Menschen hingemetzelt worden. Andere Quellen sprechen



„Lang lebe Osttimor“, skandierten am 25.3.97 33 Besetzer der österreichischen Botschaft in Djakarta. Sie waren kurzfristig auf das Gelände der Botschaft vorgedrungen, um gegen die indonesische Besetzung Osttimors zu protestieren.
Photo: Reuter)

Noch bleibt alles beim alten: „Neue Ordnung“ mit gelenkter Demokratie“

Erst Anfang März hat Suharto in einer vielbeachteten Rede unmißverständlich erklärt, was er mit denen zu tun gedenkt, die sich nicht „verfassungskonformer Mittel“ bedienen: Ihnen, so der Präsident, werde man „das Genick brechen“. Dabei braucht er sich nur auf die Mehrzweckparagraphen des „Anti-Subversionsgesetzes“ oder auf „Präsidentenbeleidigung“ stützen.

Vor allem das Aufkommen sogenannter Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und erst recht die Existenz nicht-gängelter sozial engagierter Gruppen

von bis zu zwei Millionen Toten, die seinerzeit dem „benign terror“ - dem, wie der Literaturwissenschaftler und engagierte US-Vietnamkriegsgegner Noam Chomsky einst zutreffend anmerkte, aus westlicher Sicht „wohlmeinenden Terror“ - zum Opfer gefallen sind. Den Militärs schmeckte es partout nicht, daß unter Sukarno die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) mit weit über eine Million Mitgliedern zur stärksten KP außerhalb der Sowjetunion und VR China avanciert war und die unter ihrer Ägide stehenden Massenorganisationen politisch erstarkten.

(Von der Redaktion gekürzt; Teil 2 folgt in der nächsten Ausgabe)



Immer wieder kommt es zu Protestdemonstrationen der baskischen Gewerkschaften gegen die neoliberalen Wirtschaftspolitik der spanischen Regierung. Am 14. Juni demonstrierten erneut tausende Mitglieder und Anhänger der linken baskischen Gewerkschaft LAB in Bilbao gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung. Sie forderten z.B. die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre und die 32-Stundenwoche und befürworteten einen noch aggressiveren gewerkschaftlichen Kampf im Baskenland. (Bild: Egin)

Guatemala: Großgrundbesitzer ließ Arbeiter massakrieren

(Cahabón, Alta Verapaz, 8. Juni, *pulsar-Poonal*). GerichtsmedizinerInnen haben auf zwei Plantagen 20 weitere Opfer des Bürgerkrieges ausgegraben. In diesem Fall wurden die Campesinos jedoch nicht wegen angeblicher Verbindungen zur Guerilla umgebracht. Sie starben, weil sie von ihrem Arbeitgeber dreijährige Lohnrückstände einforderten. Nach Aussagen von BewohnerInnen der Gegend geschah das Verbrechen auf den Plantagen Dinelda und Tusbilpec 1982 und wurde von den Soldaten der nahen Militärkaserne in Cobán ausgeführt. Die Familien der ermordeten Männer – die sterblichen Überreste eines Campesinos werden noch gesucht – geben an, der Großgrundbesitzer habe nur 20 Cents Lohn am Tag gezahlt, weit unter dem gesetzlichen Minimum. Als die Arbeiter sich beschwerten und anboten, Land statt der Löhne zu akzeptieren, habe der Großgrundbesitzer gedroht, ihnen „ein Stück Erde“ für ihre Gräber zu geben. Später wurden die Campesinos von den Militärs verhaftet, gefoltert und hingerichtet.

Panama: Proteste gegen Minen

(Panama-Stadt, 17. Juni, *pulsar-Poonal*). Etwa 20 Gruppen aus dem Campesino-, Indígena-, Kirchen- und Menschenrechtsbereich protestierten zusammen gegen die Probleme, die Gemeinden in der Nähe von Goldminen haben. VertreterInnen der Orte Maracas und Tonosi aus der Provinz Los Santos erklärten, die Minenausbeutung habe die Flüsse und Schluchten der Zone verseucht. Dies geschehe, weil die Minengesellschaft Ölnebenprodukte benutze, um Gras und Geestrüpp unter dem Vorwand zu vernichten, so besser arbeiten zu können. Die Cam-

pesinos klagten ebenfalls darüber, daß die benutzten Chemikalien die Böden ausgetrocknet haben. Außerdem sei durch das Fällen zahlreicher Bäume die Vegetation zerstört worden. Mitglieder des Ministeriums für Handel und Industrie prüften die Vorwürfe nach und sind mit der Bevölkerung einig, daß das Unternehmen „Cerro Qüma“ die Umweltgesetzgebung nicht beachtete.

Bananenunternehmen lenken ein – Entschädigungen für Pestizidopfer

(Tegucigalpa, 17. Juni, *pulsar-Poonal*). Nachdem tausende BananenarbeiterInnen in Guatemala, Honduras, Costa Rica, Nicaragua, Ecuador und auf den Philippinen die Unternehmen wegen der benutzten Pestizide angeklagt haben, haben sich einige Gesellschaften jetzt bereit erklärt, Entschädigungen für die schweren Gesundheitsschäden der ArbeiterInnen zu zahlen. Die „Standard Fruit Company“ und die „Occidental Chemical Corporation“, die das Pestizid Nemagon produziert, haben Geld für 3.000 honduranische Arbeiter versprochen. Beide Unternehmen haben ihren Sitz in den USA. Auf der Anklagebank sitzen auch die „Shell Oil Company“ und die Bananengesellschaften „Del Monte“, „Chiquita Brands“ und „Dole“. Diese wollen den von ihnen verursachten Schaden aber nicht anerkennen. Insgesamt sind etwa 25.000 ArbeiterInnen betroffen. Die große Mehrheit von ihnen kann keine Kinder zeugen oder hat Kinder gehabt, die mit Schäden zur Welt gekommen sind. Das Pestizid Nemagon hat für Hautkrebsfälle gesorgt. Mit der jetzt gefundenen Teillösung sind nicht alle zufrieden. So sollen beispielsweise nur die Männer die Entschädigungszahlungen erhalten. Für die Frauen, die auf den honduranischen Bananenplantagen gearbeitet und genauso unter den Pestiziden ge-

litten haben, ist kein Geld vorgesehen. Die Anwälte rechtfertigen das Ergebnis nach dem Motto „besser als nichts“. Standard Fruit und Occidental Chemical haben eine Zahlung von 22 Millionen Dollar akzeptiert.

Brasilien: Proteste gegen Verurteilung von Landlosenführer

(Sao Paulo, 13. Juni, *pulsar-Poonal*). José Rainhá Junior, einer der bekanntesten Führer der Landlosenbewegung MST, ist zu 26 Jahren Haft für seine angebliche Beteiligung an einem Landkonflikt verurteilt worden, bei dem im Juni 1989 ein Großgrundbesitzer und ein Militärpolizist umgebracht wurden. Der 36jährige hat jedoch nach dem brasilianischen Gesetz das Recht auf einen zweiten Prozeß, da die Strafe mehr als 20 Jahre beträgt. Der Termin ist bereits auf den 16. September festgesetzt. Bis dahin wird Rainhá Junior in Freiheit bleiben. Die Gerichtsentscheidung ist in Brasilien auf vielfache Kritik gestoßen. So konnte die Verteidigung des MST-Führers fünf Zeugen präsentieren, die versicherten, Rainhá sei am Tag der Tat – der Landbesitzer und die Militärpolizei gerieten damals auf einer besetzten Finca in einen Hinterhalt – in einem tausend Kilometer entfernten Ort gewesen. Die Staatsanwaltschaft dagegen hatte keine Zeugen vorgeladen, sondern präsentierte nur verschiedene schriftliche Erklärungen, nach denen der Angeklagte zwei Tage vor den Morden die Landbesetzung auf der Finca mitorganisierte. Für das siebenköpfige Gericht reichte dies aus, Rainhá zum Verantwortlichen für die Morde zu machen.

Härteste Strafen für Basken in Paris

Jakes Esnal und Frederic Haranburu sind vom Pariser Gericht zu lebenslänglichem Zuchthaus und 18 Jahren Sicherheitshaft verurteilt worden, da sie dem „Kommando Argala“ der ETA angehört haben sollen. Lebenslänglich erhielt ebenfalls Jon Parot, während Francisco Mujika Garmondia, Jos, Luis Alvarez Santacristina und Jos, Maria Arregi Erostabar (ehem. Mitglieder des Leitungsgremiums der ETA) zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, der Höchststrafe für das Delikt der Mitgliedschaft in einer „Vereinigung von Übeltätern“. Weitere 5 Basken erhielten Strafen zwischen 8 und 6 Jahren. Außerdem wurden 5 Basken in Abwesenheit zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Verantwortliche des Internationalen Observatoriums für Gefängnisse (OPI) beklagten am 19.6. in Lyon die Verletzung der Rechte der Gefangenen. Der Generalbeauftragte von OPI, Bernard Bolze, wies darauf hin, daß die Verhältnisse in Spanien die schlimmsten in der EU sind, indem er sich auf die Folterungen bezog, denen die verhafteten Basken unterworfen werden.

Manfred Ostrowski
(Zusammenstellung: hav)

Lehrergewerkschaft im Clinch mit der hessischen Landesregierung

FRANKFURT/MAIN. Die hessische GEW hat ihre Mitglieder vom 25. bis zum 27. Juni zu einer Urabstimmung über einen Streik am 1. Juli aufgerufen. Die Proteste richten sich gegen die von der Landesregierung angeordneten weiteren Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer und die am 1.7. in Kraft tretende Kanthersche Dienstrechts„reform“, die u.a. eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Einkommenskürzungen vorsieht.

Während die SchülerInnenzahlen steigen und von 7862 ausgebildeten LehrerInnen, die sich im Schuljahr 96/97 in Hessen beworben haben, nur 13% eingestellt wurden, verordnet die Landesregierung Arbeitszeitverlängerungen, um „die Unterrichtsversorgung sicherzustellen“. Die Arbeitszeiten für Grundschullehrer werden auf bis zu 29 Pflichtstunden erhöht. Bei Neueinstellungen wird es Zwangsteilzeit bei reduziertem Einkommen (80%) geben. Die Unterrichtsbegrenzung (sog. Altersentlastung) für ältere Lehrkräfte soll eingeschränkt werden. Gleichzeitig müssen alle 35- bis 49jährigen LehrerInnen eine Stunde mehr unterrichten, um ein Zeitvolumen für die Altersentlastung „anzusparen“.

Anstatt mit der GEW über das von ihr vorgelegte Programm „Bildung und Beschäftigung“ zu verhandeln, droht Kultusminister Holzapfel den TeilnehmerInnen der Aktionen mit dienstrechtlichen Konsequenzen und empfindlichen Zwangsgeldern von bis zu 30.000 DM.

Nach Frankfurter Lehrerzeitung, ola

Antifaschistisches Bündnis in Rendsburg gegründet

RENSBURG/SCH.-HOLSTEIN. Menschen aus den unterschiedlichsten politischen Spektren haben ein antifaschistisches Bündnis gegründet: Mitglieder der Grünen, der W.I.R. (eine bürgerliche Fraktion im Rendsburger Stadtparlament), der PDS, der Jusos und der örtlichen Antifa.

Anlaß für dieses Bündnis ist das öffentliche Auftreten der rechtsextremen „Jugendgemeinschaft Kreis RD-Eck“. In der Jugendgemeinschaft sind bekannte Neonazis aus dem Raum Rendsburg-Büdelsdorf und Umgebung organisiert. Am 17.1.1997 führte sie im Bürgerhaus (!) in Büdelsdorf eine Veranstaltung mit dem Titel „Weg mit dem Dreck aus dem Internet!“ durch. „Durch die bewußt populistischen, rechtsextremen Positionen zunächst unverdächtiger Themenstellung ‚Kinderpornos im Internet‘ versuchte die Jugendgemeinschaft, in der Öffentlichkeit Akzeptanz zu finden“, so das antifaschistische Bündnis. Ziel ist es, der faschistischen Propaganda durch eigene Öffentlichkeitsarbeit etwas entgegenzusetzen. Am 9.6. fand im Jugendzentrum eine Veranstaltung zur Geschichte



Amsterdam. Rund 50.000 Menschen beteiligten sich am 14. Juni an der Demonstration des Euromarsches gegen den EU-Gipfel in Amsterdam. Beeindruckend war die Vielfalt der Gruppierungen. Bei der Schlußkundgebung berichteten Betroffene aus vielen Ländern von ungeschützten Arbeitsverhältnissen und Folgen der Arbeitslosigkeit. Sie sprachen ihre Hoffnung aus, daß das internationale Netz gegen Ausgrenzung, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit nun weitergeknüpft wird.

des Faschismus und zur aktuellen Situation der Neonazi-Szene in S.-H. statt. Für den 6.9. ist ein Open-Air-Konzert gegen Rechts geplant. Aus „Nadelstiche“, usch

Antifaschistische Aktion gegen „Sonnenwendfeier“ von Neofaschisten

HETENDORF/CELLE. Mit Pfiffen, Schreien und Sirenengeheul protestierten in der Nacht zum 21. Juni rund 450 Menschen gegen eine „Sonnenwendfeier“, die von Teilnehmern der 7. Hetendorfer Tagungswoche durchgeführt wurde. Bei dieser „Tagungswoche“ tummelten sich Personen und Vereine aus dem neofaschistischen und neuheidnischen Spektrum (u.a. Neonazianwalt Jürgen Rieger, die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft“ (GfbAEV), die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“, der „Nordische Ring“ und „Northern League“). Die einfachen, aber kräftigen Geräuschmittel waren nötig, da das Ordnungsamt für die antifaschistische Gegenkundgebung das Abspielen von Musik verboten hatte. Aus CL-Netz/dpa

SPDler wollen Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses zur VVN

BONN. SPD-Mitglieder aus verschiedenen Orten, die in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) tätig sind, fordern in einem Brief an den SPD-Parteivorstand die Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD gegen die VVN. Zwar würde er seit Jahren nicht mehr angewandt, doch zuweilen wird schon mal auf den Beschuß

hingewiesen. Sie wollen endlich klare Verhältnisse: „Unser antifaschistisches Engagement entspricht wesentlich der sozialdemokratischen Position, daß wir nie wieder Entwicklungen zulassen dürfen, die zu nazistischen oder faschistischen Verhältnissen führen können und daß wir deshalb solchen Gefahren rechtzeitig entgegentreten müssen. Unsere Zugehörigkeit zur VVN-BdA ist gleichzeitig ein Ausdruck der Anerkennung und Hochachtung gegenüber jenen Menschen, die dem deutschen Faschismus widerstanden haben und ihm aktiv entgegengetreten sind.“ Die SPD-Mitglieder wenden sich gegen falsche Verfassungsschutzberichte und fordern zum verstärkten Handeln auf. Aus Brief, Juni 97

Wehrt Euch in Wehr! Protest gegen Landesparteitag der REP am 19. Juli

WEHR. Die Republikaner wollen ihren diesjährigen Landesparteitag in der südbadischen Stadt Wehr abhalten. Dieses Vorhaben stößt dort auf wenig Begeisterung. Der Gemeinderat hat die Vergabe der städtischen Veranstaltungshalle zwar abgelehnt, die Gerichte sind bisher und voraussichtlich auch weiterhin anderer Meinung. Nicht nur der Gemeinderat, sondern eine große Zahl Wehrer Bürgerinnen und Bürger wollen sich gegen den REP-Parteitag in ihrer Stadt wehren. Dazu hat sich ein breites Bündnis, angefangen bei der örtlichen Antifa und der VVN-BdA über DGB und IG Metall, die Kreisverbände der Grünen, SPD bis hin zu CDU-Vertretern zusammengefunden. Dieses Bündnis ruft alle Demokraten auf zur Kundgebung und Demonstration, Samstag, 19. Juli in Wehr, 11 Uhr, Bahnhofplatz. Aus Antifa-Nachr. VVN-BdA

Gegen Privatisierung, Ausgrenzung und Sicherheitswahn

Ein schweizerisch-österreichisch-deutsches Aktionsbündnis (Berlin, Bern, Büren, Bremen, Düsseldorf, Erlangen, Frankfurt/M. Fürth, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, München, Nürnberg, Oldenburg, Tübingen, Wien, Wuppertal, Zürich...) führte vom 2. bis 8. Juni in der Kölner Innenstadt Aktionen durch. Die Privatisierung der Einkaufszonen, der Boom privater Sicherheitsdienste und die Vertreibung mutmaßlicher Nicht-KäuferInnen und -Käufer (Obdachlose, Bettler, arme Menschen, Drogensüchtige, Nichtdeutsche oder nicht so Aussehende ...) sowie die Ausrichtung auf teuren, gehobenen Konsum hat in Städten unterschiedliche Ausprägungen.

In Köln sammelten sich Gruppierungen und Initiativen (von den feministischen Planerinnen und Architektinnen über die FrischmacherInnen bis zum Bauwagengplatz), um unter dem Motto „Klassenfahrt '97“ Spaß und Aufmerksamkeit an vielen Orten der Stadt zu erzeugen. Mit der Nutzungsverordnung für den Dom und die Umgebung ist der öffentliche Raum faktisch abgeschafft. Herumsitzen, der Genuß von Alkohol, Betteln, Kleinkunst, Skaten, und natürlich die Klagemauer sind unter Androhung von Ordnungsstrafe oder Haft verboten. Seitdem strolchen nicht nur Streifen der Polizei in Uniform und Zivil, sondern auch zivile Ordnungamtshüter und private Sicherheitsdienste dort herum, um jeden und jede, die sich „auffällig“ benimmt oder so aussieht, zu verwarnen. Auch in den Einkaufsstraßen wird verstärkt kontrolliert, private Sicherheitsdienste sind vor vielen Geschäften zum gewohnten Anblick geworden.

Die Ziele im Sinne von „Sicher, Sauber, Sympathisch“ werden in Köln durch einen Zusammenschluß der Geschäftsinhaber im Verein „City-Marketing“ formuliert, die auf einem eigenen Kongreß 100% konsumorientierte Visionen für die Zukunft der Kölner Innenstadt entwickelten.

Die Stadt Köln ist wie alle Kommunen pleite, deshalb wird im Sozial- und Kulturbereich gespart. Trotzdem werden Großprojekte durchgezogen, um sich im internationalen Wettbewerb der Städte hervorzuheben. Gegen diesen städtischen und privatwirtschaftlichen Umbau organisierten wir die Klassenfahrt '97: Neben theoretischer Information auf einem Teach-In lag der Schwerpunkt in Aktionen vor Ort:

- Die Fahrradsafari durch den Hahnwald (Alle kennen ihn – endlich waren

wir dort) war gleichsam informativ und lustig. Im Nobelghetto, wo ein privater Sicherheitsdienst und die Polizei unsere Stadtreise mißtrauisch begleiteten (unsere Tour hatte nämlich Demonstrationscharakter, sagten die OrdnungshüterInnen) war der Höhepunkt der Besuch beim Schlagersänger Eric Silvester, der sich sichtlich über den Fanclub freute, Autogramme gab und ein Pläuschen hielt mit uns. Beim nächsten Mal besorgt er vorher eine Kiste Bier.

- Zum PISS-IN am Dom hatte die feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen eingeladen um ihre Recherche zu den öffentlichen Toiletten von Köln vorzustellen und mit einem Mobil-Klo für Damen eine einfache Lösung für die Erleichterung im öffentlichen Raum zu testen. Was für die meisten Frauen eher ein alltägliches Ärgernis, wird für Obdachlose zum existenziellen Problem. Keine Toilette, kein Bad, keinerlei privater Rückzugsraum. Es folgt eine WDR-Ü-Wagen Sendung zum Thema „Schöner Pinkeln in Köln“ im Herbst, wo wir wieder dabei sein werden. Die Klassenfahrt wurde durch Radio Cambodia 107,1 durch den Äther getragen.

- Die Stadt Köln hat ein Denkmal mehr. Die netten jungen Leute vom Bauwagengplatz „Wem gehört die Welt“ haben ihr Logo in Stahl geflext und im Volksgarten in Beton eingegossen. Es steht an der



Südseite des Sees und ist wunderschön anzuschauen.

- Der Bahnhof wurde zum Wohnzimmer mit vielen gemütlichen Möbeln und entsprechender Kammermusik. In diesem Ambiente wurde eine Kundeninformation gereicht, die über die neuen Geschäftsstrategien der Bahn, die auf eine qualifizierte Öffentlichkeit ausgerichtet ist und hart gegen alles Störende vorgeht, aufklärte. Der Bahnhof gehört allen und die brutalen Übergriffe von Bundesgrenzschutz und Bahnpolizei auf Obdachlose und nichtdeutsche Menschen oder Fahrpreiserschleicher hinter der „braunen Tür“ müssen aufhören.
- Der Standortwettbewerb in Kalk am Beispiel des Gen- und Biotechnologiezentrums wurde auf dem Spaziergang zum Abschluß der Woche vorgestellt.

Wir wehren uns weiterhin gegen Privatisierung, Ausgrenzung und Vertreibung aus den Innenstädten und planen weitere spaßige und phantasievolle Aktionen.

Klassenfahrt '97 c/o Infoladen. Ludolf-Camphausen-Str. 36, 50672 Köln

Festung Innenstadt ?

FRANKFURT/MAIN. Pressekonferenz der Vereinigung Hessischer Strafverteidiger, der Katharinenkirche und der Bunten Hilfen zum Thema Übergriffe durch Polizei und private Sicherheitsdienste. Ein Plakat und ein mehrsprachiges Faltblatt („Was tun bei einem Übergriff durch Polizeibeamte oder Sicherheitsdienste?“), werden vorgestellt. Wir empfehlen nachdrücklich: besorgt Euch das Material – und hängt bzw. legt es aus: in Kneipen z.B., in Wartezimmern aller Art! Das Medienecho: eher bescheiden, trotz der erschütternden Fälle von Angriffen auf Minderheiten und Randgruppen, über die von den Anwälten und Pfarrer Stroodt berichtet wird. Ist das Gewöhnung oder sieht die Öffentlichkeit in der Präsenz der grünen und schwarzlila blauen Sheriffs doch eher Garanten eines ungestörten Einkaufsklimas statt Vorboten einer „Festung Innenstadt“? So der Soziolo-

ge Hubert Beste, Uni FfM, über die Entwicklung in den USA, wo die totale Abschottung der Innenstädte vor unerwünschten Benutzern häufig schon vollzogen sei. Wir seien auf dem besten Weg dorthin. Die Kommune gebe immer weitere Teile der City in die Verfügungsgewalt der Verkaufsstrategen und unter die Aufsicht der Sicherheitsdienste. Deren Befugnisse („Hausrecht“) seien größer als die der Polizei und sie seien noch schwerer öffentlich zu kontrollieren. Bad und dirty Jobs seien es zudem, miserabel bezahlt, mit extrem hoher Fluktuation.

Ein Kuriosum am Rande: Im Bahnhofsviertel operierten inzwischen bis zu zwölf Sicherheitsdienste nebeneinander und traten sich auf die Füße. Das Ergebnis sei kontraproduktiv zu dem von den Auftraggebern Erwünschten. Das Publikum habe den Eindruck, wo soviel „Sicherheit“ produziert werde, müsse es besonders schlimm zugehen und meide das Viertel und seine Geschäfte.

bem

Friedrichshafen: Brand(anschlag)

Übliches Muster ?

Am 4. Juni 1997, morgens gegen 4 Uhr, brannte die Unterkunft für Asylsuchende in Friedrichshafen am Bodensee aus. Dort mußten zu der Zeit ca. 370 Personen leben. Ein Kurde, der seit ca. 12 Monaten im Asylverfahren war, wurde dabei getötet, viele andere erlitten zum Teil schwere Verletzungen durch Notsprünge aus den Fenstern. Die Zu- und Ausgänge zur Unterkunft waren für die dort Untergebrachten nicht begehbar. Aber nein, sagt die Polizei und ihr Ermittlungskommando in Ravensburg, einen Anschlag könne sie bis jetzt nicht bestätigen. Zwar scheide inzwischen ein technischer Defekt aus, meinte sie am Freitag, aber es könne auch noch eine Brandursache durch die BewohnerInnen in Frage kommen. Diese werden nun einzeln vernommen.

Man kennt solche Erklärungs- und Ermittlungsmethoden. (Es war zufällig an dem gleichen Tag, als in Lübeck selbst die Staatsanwaltschaft Freispruch für Safwan Eid beantragen mußte...)

Tatsachen, die dagegen sprechen – man muß auch diese eigentlich nicht extra erwähnen: Im Vorraum zur Unterkunft waren die (leeren) Freßpäckchen aus Plastik gestapelt, diese wurden angezündet. Dabei entwickelte sich ein beißender Geruch, das Feuer breitete sich schnell aus. Die Zwischentüren zu den Gängen, in denen die Zimmer der Flüchtlinge liegen, waren versperrt! Die Außentür stand dagegen offen! Ebenso versperrt war ein Notausgang. Dort standen zahllose Fahrräder – von außen davorgestellt. Einen Anschlag könnte die Polizei (noch) nicht bestätigen ...

Am 7.6. demonstrieren ca. 1.000 Menschen, mehrheitlich kurdischer Herkunft, gegen diesen neuerlichen Brandanschlag in der Innenstadt von Friedrichshafen. Die Polizei macht – wieder einmal – Ärger wegen der Fahne und einem T-Shirt („Ich bin PKK“). An der Sachaufklärung scheint sie nicht weiter

28. Mai:

Bei einem Brand in einem Lübecker Obdachlosenwohnheim sterben 3 Menschen, 3 werden verletzt.

29. Mai:

In Frankfurt (Oder) kommen bei einem Feuer in einem Behindertenheim 8 Frauen ums Leben. 9 der insgesamt 145 Insassen erleiden Rauchvergiftungen.

1. Juni:

Bei einem Brand in einem Altenheim in Hamburg-Rotherbaum stirbt eine Frau.

2. Juni:

Ein Feuer in einem Essener Asylbewerberheim fordert 12 Verletzte, darunter 2 Schwerverletzte.

3. Juni:

Bei einem Brand in einem Behindertenheim in Gladbeck/NRW werden 8 Men-

schen verletzt, 2 von ihnen erlitten schwere Rauchvergiftungen.

4. Juni:

Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim in Friedrichshafen stirbt ein Mensch. 53 Personen werden verletzt, 5 von ihnen schwer.

6. Juni:

Bei einem Brand in einem vom Sozialamt verwalteten Wohnhaus in Bremen sterben 3 Menschen. Ein weiterer zog sich schwere Verletzungen zu. Die 12 männlichen Bewohner wurden vom Sozialamt untergebracht.

Aktuelles gerade aus dem Radio:

15. Juni:

Altarbrand in Husum. Die Polizei schließt einen rechtsradikalen Anschlag nicht aus.

Friedrichshafener Recherche Gruppe

interessiert zu sein. In der Nacht zum 1. Mai gab es eine Bombendrohung in der selben Asylunterkunft. Hier wird bis heute behauptet, es habe sich um einen internen Streit gehandelt. Auch dieses Muster ist allseits bekannt. Vor Jahren wurde in Friedrichshafen ein Afrikaner erschlagen. Heute behauptet die Polizei, die Skinhead-Szene sei ruhig, keine besonderen Vorkommnisse. Auch dieses Strickmuster ist bekannt.

Wegen dem Brand(anschlag) in Friedrichshafen (Bodensee) wird es am 28.6. in Freiburg zu einer Demonstration kommen. Zahlreiche Gruppen rufen auf; das Bleiberecht für Flüchtlinge zu respektieren, die Verantwortung gegenüber deutschen Behörden und Neonazis wahrzunehmen, und sich gegen die weitere Ausgrenzung anderer sozialer Gruppen zu wehren. Demonstration am 28.6., 11 Uhr, Freiburg, Rathausplatz.

SAGA Freiburg, Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen

Ludwigshafen

Ungeklärte Brände/ Anschläge

Nach unseren bisherigen Recherchen gehen wir mittlerweile von ca. zwei Dutzend ungeklärten Bränden/Brandanschlägen in Ludwigshafen aus, im Zeitraum von Ende 92 bis 97.

Allein in einem Komplex von sechs Häusern an der Ecke Kußmaulstraße / Sauerbruchstr. in Ludwigshafen-Hemshof, hat es in einem Zeitraum von einem Jahr, von Mai 96 bis heute zwölfmal gebrannt.

Die Brände brachen immer nachts aus, zum Teil brannten leerstehende Häuser, einige mehrmals. Der letzte Brand, über den auch in den Medien berichtet wurde, war in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai gegen ein Uhr nachts. Ob auch bei diesen erschreckend häufigen Bränden



im Hemshof, die offensichtlich Brandanschläge sind, rassistische Motive eine Rolle spielen, wissen wir (noch) nicht. Unsere Initiative, selbst zu den zahlreichen Brandanschlägen in Ludwigshafen Nachforschungen anzustellen, ist eine Reaktion auf die Tatsache, daß die für Brände zuständigen Ermittlungsbehörden die Brandstifter nicht finden und sie sogar, wie wir befürchten, gar nicht finden wollen.

Der Brandanschlag vom 20. April (Hitlers Geburtstag!) auf eine Unterkunft für Flüchtlinge in der Roonstr. in Lu-Süd war der Auslöser für unsere Initiative. Zur Erinnerung: Bei diesem Brand war von der Polizei zunächst Brandstiftung nicht ausgeschlossen worden. Aber schon einen Tag nach dem Brand gab es von offizieller Seite die Version, der Brand sei durch einen technischen Defekt verursacht worden.

Wir halten hier wie in anderen Fällen, vor allem dann, wenn es sich um rassistische Brandanschläge handelt, Strategien der Vertuschung und bewußten Irreführung in der Regel für möglich. Oft genug ist dies tatsächlich geschehen. Herausragende Beispiele sind Lübeck, Hattingen, aber auch Lampertheim, wo immerhin drei Menschen höchstwahrscheinlich 1992 Opfer eines rassistischen Brandanschlags wurden.

Gerade aktuell registrieren wir verstärkt Brandanschläge mit rassistischem und faschistischem Hintergrund, auf Unterkünfte von Flüchtlingen, auf Häusern von hier lebenden MigrantInnen., auf Kirchen, weil Flüchtlinge Kirchenasyl gewährt wird.

Angesichts zunehmender Repression und eines verschärften staatlichen institutionalisierten Rassismus in der Festung Europa, vor allem im „Kern“land BRD halten wir solche antirassistischen Initiativen für unbedingt notwendig.

- Gegen das organisierte Schweigen!
- Die Flüchtlinge schützen!
- Rassisten und Faschisten bekämpfen!

ARI (Antirass. Initiative) Mannheim

DGB-Jugend fordert: Türkische Armee raus aus Kurdistan!

Die DGB-Landesjugendkonferenz Niedersachsen/Bremen beschloß am 13./14. Juni in Hannover eine Resolution gegen den schmutzigen Krieg des türkischen Staates in Kurdistan und die militärische, wirtschaftliche sowie politische Unterstützung der Türkei durch die BRD. Am Ende der Resolution heißt es:

„Insbesondere bei den Direktinvestitionen sind deutsche Konzerne vorne dabei. Alles was Rang und Namen hat, be-

**„Insbesondere bei
den Direktinvestitionen
sind deutsche
Konzerne vorne dabei.“**

sitzt eine Außenstelle in der Türkei. Siemens, Daimler, Krupp, Thyssen, RWE, Dresdner Bank, ... Gemeinsam mit türkischen Unternehmen schließen deutsche Konzerne Allianzen zur Markterschließung der GUS-Märkte und in Zentralasien nach der Devise: 'Das deutsche Kapital liefert das Geld und die Technik und die Türkei billige Arbeitskräfte!' Der deutsche Imperialismus hat zusammen mit den türkischen Machthabern ein Interesse an der Niederhaltung der nationalen Befreiungs- und Arbeiterbewegung in der Türkei und Kurdistan. An Kurdistan ist für diese Allianz vor allem der Rohstoffreichtum, das Öl und das Erdgas der Region und die Kontrolle über die 'Wasserwaffe' interessant, denn hier liegen die Quellen von Euphrat und Tigris und damit das Monopol des Wasseraushaltens des Mittleren Ostens.

Mit dem PKK-Verbot von 1993 wird die politische Betätigung des kurdischen Volkes auch in der BRD stark behindert. Zur Zeit befinden sich über 500 politische Gefangene aus der kurdischen Be-

freiungsbewegung in den deutschen Gefängnissen.

Die DGB-Jugend Niedersachsen-Bremen fordert daher:

- Sofortiger Abzug der türkischen Armee aus Kurdistan!
- Freiheit für alle politischen Gefangenen aus der kurdischen Befreiungsbewegung in der BRD!
- Aufhebung des PKK-Verbotes!

Quelle: CL-Netz, 14.6.97

Von Brüssel nach Diyarbakir

Europäischer Friedenszug

Ein großer Friedenszug mit annähernd 1000 Menschen bricht am 26. August von Brüssel auf und erreicht am 1. September 1997 (Antikriegstag) die kurdische Metropole Diyarbakir. Mit der Bundesbahn hat jetzt die „Initiative Appell von Hannover e.V.“ entsprechende Verträge über die Anmietung von Lokomotive und Wagons abgeschlossen.

„Es ist höchste Zeit für den Frieden“. Diese Botschaft reist mit den Menschen. Die Botschaft ist gerichtet an die Regierung der Türkei und an die Regierungen Europas. Der Friedenszug wird den Namen des ermordeten kurdischen Dichters „Musa Anter“ tragen, und fahren in einer Zeit einer blutigen Invasion der Türkei in Südkurdistan (Nordirak), die täglich den vielfachen Tod für Kurdinnen und Kurden bedeutet.

Der Zug kostet viel Geld. Spenden werden benötigt. Für die Reiseteilnahme (einschließlich zwei Übernachtungen in Diyarbakir, Verpflegung und Rückfahrt) ergeben sich geschätzte Kosten von 1500 DM. Rasche verbindliche Anmeldung und Vorüberweisung von 700 DM sind für eine Teilnahme notwendig.

Weitere Infos: Appell von Hannover, Postfach 35, 61445 Oberursel, Telefon: 06171/981348

Gemeinsam gegen Burschenschaften!

Unter diesem Motto wurden von einem breiten Bündnis gegen den jährlichen Umtrunk der Bonner Burschenschaften am Sonntag, den 8. Juni, aufgerufen. Die Kundgebung begann um 12.00 am Münsterplatz. Ca. 150 Menschen hatten sich dort versammelt, um gegen das öffentliche Besäufnis der Burschen zu protestieren. Die Polizei war von Beginn an massiv vertreten. Die Stimmung auf der Demo war aber trotzdem gut und lautstark. Der Marktplatz selbst war von der Polizei weiträumig abgesperrt, so daß außer lautstarken Pfeifkonzerten nicht viel möglich war. Auf dem Marktplatz hatten sich zu diesem Zeitpunkt ca. 120 Burschen und Alte Herren mit „Damenbegleitung“ und Blaskapelle versammelt. Mit Ankunft der Demo wurde dann auch die Blaskapelle deutlich lauter. – Insgesamt existieren in Bonn 46 Korporationen. Im Gegensatz zu anderen Hochschulen ist an der Uni Bonn das offene Auftreten, Werben und Farbentragen nicht verboten.

R., Fotos: kah



ÖTV Berlin gegen Privatisierungen von Landesunternehmen

Der Berliner Senat hat mit dem spektakulären Verkauf der BEWAG eine rabiate Verschleuderung öffentlicher Unternehmen eingeleitet. Weil die Mittel zur Deckung des mit zahlreichen Prunk-Projekten (Tiergartentunnel u.ä.) belasteten Berliner Haushalts fehlen, sollen schon bald weitere öffentliche Betriebe privatisiert werden. Vor allem die SPD und ihre Finanzsenatorin Fugmann-Heesing machen enormen Druck in dieser Richtung. Die ÖTV Berlin hat Ende Mai dagegen die folgende Resolution in Umlauf gebracht, mit der sie heftigen Widerstand gegen weitere Privatisierungen ankündigt:

Die Beschäftigten der Berliner Betriebe BSR (Stadtreinigung, d. Red.), BVG (Verkehrsbetriebe), BWB (Wasserversorgung) und Behala (Berliner Hafenbetriebe) werden sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln gegen die Privatisierung der Anstalten des öffentlichen Rechts wehren.

Bei der Privatisierungsdebatte vor vier Jahren versicherten die Politiker den Beschäftigten und Bürgern immer wieder,

dass sie mit der Rechtsform der öffentlichen Anstalt den damaligen Eigenbetrieben die Möglichkeit verschaffen würden, sich auf den Ende 1999 erwarteten Wettbewerb einstellen und wirtschaftlich handeln zu können. Diese Ziele haben die Beschäftigten der Betriebe und ihre Gewerkschaft ÖTV Berlin unterstützt. Zur Sicherung ihrer arbeits- und tarifvertraglichen Rechte haben sie dabei folgende Bedingungen durchsetzen können:

1. Erhalt und Sicherung der tarifvertraglichen und versorgungsrechtlichen Regelungen;
2. Erhalt der betrieblichen Regelungen wie Zusatztarifverträge, Dienstvereinbarungen u.ä.;
3. Erhalt der Beschäftigungsgarantien des Landes Berlin;
4. Erhalt der paritätischen Mitbestimmung;
5. Erhalt der betrieblichen Mitbestimmung.

Seither haben die Beschäftigten, ihre Personalräte und die Gewerkschaft ÖTV Berlin im Rahmen der Mitbestimmung und des Tarifrechts Vorleistungen erbracht, die neue Arbeitsorganisationen ermöglichen und die Produktivität der

Betriebe erheblich steigerten. Jetzt geht es der Berliner Politik jedoch nicht mehr darum, die Betriebe weiter zu entwickeln, jetzt geht es nur noch darum, Kasse zu machen, um kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen.

Um eine gemeinsame Gegenwehr aller Kolleginnen und Kollegen in den vier Betrieben, wie sie in den Jahren 1992 und 1993 erfolgreich geführt wurde, zu verhindern, wird dabei auf Spaltung gesetzt.

Die Beschäftigten werden sich jedoch gemeinsam dagegen wehren, wenn ihre Betriebe durch das Verschleudern an Private zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern mißbraucht werden, die Zuverlässigkeit der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt gefährdet wird und ihre Rechte als Arbeitnehmer mißachtet werden.

BVG darf nicht für eine aufgespaltete AG geopfert werden

Die Unternehmensberatung Bossard wurde beauftragt, ein Zusammengehen der BVG mit der S-Bahn GmbH zu prüfen. In der Studie wird deutlich, dass eine Verbindung von BVG und S-Bahn zu einem Unternehmen nur in der privaten Rechtsform möglich ist. Die Planung ist auf eine Zerschlagung des Unternehmens angelegt: Unter dem Dach einer Holding sollen Bus, U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn und zentrale Dienste in jeweils ausgegründeten Unternehmen geführt werden. Die Beschäftigten werden in rechtlich selbständige Unternehmen gespalten.

BWB: Der Mann mit dem Geldkoffer winkt schon

Die Berliner Wasserbetriebe sind das Objekt der Begierde internationaler Großunternehmen der Wasserversorgung. Um den Verkauf realisieren zu können, soll zunächst die Anstalt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Alternativ „bietet“ ein französisches Staatsunternehmen an, dem Land in einem Betreibermodell die Konzession für 30 Jahre durch einen Einmalbetrag abzukaufen und den Betrieb mit der Hälfte der bisherigen Arbeitsplätze weiterzuführen. Außerdem ist die Entnahme von Eigenkapital in den Landeshaushalt vorgesehen.

BSR: Erst fit – dann verscherbeln

Personal- und Aufsichtsratsmitglieder der Beschäftigten bei der BSR haben gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ÖTV Berlin aktiv den Prozeß der Erneuerung und Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorangetrieben. Jetzt wird deutlich, wie die Politik dieses Engagement der BSR-Beschäftigten mißbrauchen will:

„Wenn das Unternehmen so durchorganisiert ist wie ein vergleichbarer Privatbetrieb, dann werden wir Euch für ei-

TON SKANDAL UM DEM DIMITROFF-PLATZ IN LEIPZIG

Am 11. Juni hat die in großer Koalition agierende Stadtratsmehrheit aus CDU und SPD gegen die Stimmen der PDS und teilweise der Grünen beschlossen, den Georgi-Dimitroff-Platz mit Wirkung vom 1.1.98 umzubenennen. Diesem auch für die Mehrheit der Leipziger Bevölkerung unverständlichen Akt gingen monatelange Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Abwicklung des weltweit geachten Antifaschisten Dimitroff voraus. Selten erlebte ein Konflikt ein derart breites Medienecho. 8.000 Unterschriften gegen die Umbenennung wurden binnen weniger Wochen gesammelt. Diese Proteste, in die sich zunehmend auch die internationale Öffentlichkeit einreihte, bewirkten zumindest, daß der Umbenennungsantrag einen überdurchschnittlichen langen Geschäfts-gang hatte und mehrfach kurzfristig von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte. Erreicht wurde schließlich, den Platz nicht sofort neu zu benennen.

Bis zuletzt rückten CDU und SPD nicht von ihren abstrusen Argumenten ab, nach denen man dem in einigen Jahren in das am Dimitroff-Platz gelegene Reichsgerichtsgebäude einziehende Bundesverwaltungsgericht den Namen „eines bulgarischen Stalinisten“ nicht zumuten könne. Der SPD-Vertreter verstieg sich im Stadtrat gar zu der Feststellung, Dimitroff sei der Ulbricht Bulgariens gewesen und sein Freispruch durch das Reichsgericht am 23. Dezember 1933 sei vermutlich schon vorher mit der sowjetischen Seite abgestimmt ge-

wesen. Schon an gefährliche Banalität grenzt die Behauptung, die in den Auseinandersetzungen anfänglich vorgebrachten wurde, Dimitroff sei gar mit Göring auf der Jagd gewesen.

Alles in allem herrschte bei den Dimitroff-Gegnern keinerlei Bereitschaft, sich durch Quellen abgestützte Gegenargumente von der einmal eingeschlagenen Bahn parteiideologisch motivierter Interessen abbringen zu lassen.

Obwohl der Kampf für den Dimitroff-Platz noch nicht gänzlich zu Ende ist, weil Formfehler bei der Abstimmung nicht widerlegt sind, wird bereits von CDU und SPD über weitere Straßenumbenennungen nachgedacht. Und die Gefahr weiterer Eliminierung von Antifaschisten aus dem Leipziger Straßenbild ist groß. Der Widerstand, den die Leipziger PDS dem entgegengesetzt, wird möglicherweise nicht ausreichen. Deshalb wären weitere Proteste aus allen Teilen der BRD und aus anderen Ländern Ausdruck solidarischer Unterstützung für unseren gemeinsamen antifaschistischen Kampf. In den nächsten Tagen erscheint unter dem Titel „Der Dimitroff-Skandal – Wie die Stadt Leipzig einen weltberühmten Antifaschisten abwickelte“ eine Dokumentation. Diese Dokumentation kann beim PDS-Stadtvorstand Leipzig, Brandvorwerkstraße 52/54, 04275 Leipzig, Tel. 0341-3950441 bestellt werden. Der Preis beträgt 4,00 DM (zuzüglich Versandkosten).

Dieter Pellmann, Stadtrat in Leipzig,
Vors. des PDS-Stadtverbandes Leipzig

nen höheren Betrag an Private verschreiben können.“

Behala: Klein, aber fein

Daß die Behala verkauft werden soll, scheint beschlossene Sache. Die Frage ist nur, wer sie kauft und in welcher Rechtsform dies geschieht. Die Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit aber ist aus gewerkschaftlicher Sicht der beste Garant für die wirtschaftliche Zukunft des Unternehmens Behala. Die Beschäftigten der Berliner Betriebe BWB, BVG, BSR und BEHALA setzen sich dafür ein, daß die Landesbetriebe weiterhin ihren Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Berlin durch Nutzung ihrer Nachfragepotentiale, durch kleinteilige Auftragsvergaben und durch die Sicherung möglichst vieler Arbeitsplätze in und außerhalb der Betriebe leisten. Die Beschäftigten wehren sich auch nicht gegen einen Beitrag der Landesbetriebe zur Konsolidierung des Berliner Haushalts. Sie werden sich jedoch – gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ÖTV Berlin – mit allen gewerkschaftlichen Mitteln gegen eine Zerschlagung und einen Ausverkauf der Anstalten öffentlichen Rechts BWB, BVG, BSR und BEHALA zur Wehr setzen.

Aus der ÖTV-Berlin, 27.5.97

Gegen Wertgutscheine Flüchtlings-Proteste erfolgreich

KÜHNHAUSEN/STADTRODA. In mehreren Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge, darunter in Kühnhausen und Stadtroda, kam es am 29. und 30. Mai zu Protesten. Hintergrund ist das novellierte Asylbewerberleistungsgesetz, dessen Konsequenzen AsylbewerberInnen in Thüringen schon vor Inkrafttreten am 1. Juni zu spüren bekamen. Das Bundesgesetz schreibt fest, daß die Sozialhilfe für Flüchtlinge für die Dauer von drei Jahren unter das in Deutschland geltende Existenzminimum nach dem Bundessozialhilfegesetz reduziert wird. Der Protest der Flüchtlinge richtete sich jedoch vor allem gegen die jetzt vorgenommene Umstellung von Bargeldleistungen in Wertgutscheine. Diese Umstellung ist nicht im Gesetz vorgeschrieben. Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. unterstützte diesen Protest gegen die Wertgutscheine, die eine weitere Diskriminierung und Stigmatisierung bedeuten. Er forderte das Thüringer Innenministerium auf, die Entscheidungsspielräume des Asylbewerberleistungsgesetzes zu Gunsten und nicht zu Ungunsten der Flüchtlinge zu nutzen. Der Protest und ein Gespräch zwischen BewohnerInnen der Gemeinschaftsunterkunft in Kühnhausen, dem Erfurter Sozialamt und dem Thüringer Innenministerium hatten Erfolg. Das Thüringer Innenministerium nahm seine Regelung zurück. aus: UNZ, Nr. 12/97

KOMMUNALE POLITIK

BAUWAGEN: Norderstedt.

Gegen die ständigen Schikanen und Vertreibungsdrohungen durch den Baudezernenten und CDU-Bürgermeisterkandidaten Hans-Joachim Grote haben die Betroffenen des „Rollenden Wohnprojekts Phase 1“ am 21. 6. demonstriert. Die Gruppe, die bereits mehrfach den Platz wechseln mußte, fordert vom Magistrat Duldung an ihrem jetzigen Standort. Sie wollen nicht mehr akzeptieren, daß Grote das Baurecht willkürlich gegen sie auslegt. „Wir machen keinen Abenteuerurlaub, wir leben hier! Eine Stadt, die durch übererte Mieten und leerstehende Bürohäuser Wohnungsnot schafft, versucht auch noch, unsere selbstgebaute Alternative zu zerstören und uns in die Obdachlosigkeit zu treiben. Wir fordern Akzeptanz für unsere Lebensweise!“

GEWERBESTEUER: Bonn.

Die neue Präsidentin des Deutschen Städttages, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), will gegenüber Bundesfinanzminister Waigel (CSU) auf einem kommunalen Anteil von 2,3 % an der Umsatzsteuer als Ausgleich für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer beharren. Die Bundesregierung hat bisher 2,1 % angeboten, die Differenz entspricht 400 Mio. DM. Waigel zeigte sich auf der Hauptversammlung des DST zufriedentlich, daß im Vermittlungsausschuß eine Einigung über die Gewerbesteuer erzielt werden könnte, ohne sich zum Umsatzsteueranteil der Kommunen zu äußern. Die Beratungen im Vermittlungsausschuß wurden inzwischen auf den 10. Juli vertagt, wo sie in das Vermittlungsverfahren zur Einkommensteuer einzogen werden sollen.

STAATSBÜRGERSCHAFT: Stuttgart.

Große Angst vor doppelter Staatsbürgerschaft hat Ordnungsbürgermeister Jürgen Beck (CDU), deswegen läßt er in seinem „Stuttgarter Modell“ türkische Staatsbürger, bevor sie die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, eine Erklärung unterschreiben, daß sie nach Erhalt der deutschen die türkische nicht erneut beantragen. Bei Zu widerhandlungen wird mit Wegnahme der deutschen Staatsangehörigkeit gedroht. Viele Türken sind damit in der Zwickmühle, denn sie verlieren ja bei Verlust ihrer Staatsangehörigkeit ihre Rechte, z. B. an Grund und Boden in der Türkei. Außerdem fühlen sich die meisten natürlich ihrem Heimatland zugehörig, sehen aber nicht ein, daß sie die BRD ohne jegliche Rechte mitfinanzieren sollen.

FRIEDHOFSSRUHE? Frankfurt/Main.

Das Friedhofsamt hat Bedenken gegen die Aufschrift auf dem Grabmal, das die „Initiative gegen das Vergessen“ und der LAGG auf dem Massengrab für die 528

Zwangsarbeiter errichten wollte, die zwischen August 1944 und März 1945 im KZ der Adlerwerke gestorben sind. Das Amt lehnt insbesondere eine Passage ab, in der es heißt: „Sie starben mitten in Frankfurt, unter Mitverantwortung der Aktionäre und der Dresdner Bank“. Die Initiative hat daraufhin einen offenen Brief an Tom Koenigs geschickt, in dem sie die Rolle der Dresdner Bank mit 48% der Aktienstimmrechten bei den Adlerwerken darstellt. „Mit dem Text auf dem Grabmal wollen wir zum einen über die damaligen Geschehnisse informieren und haben außerdem den Willen, jegliche Ansätze von faschistischem Denken und Handeln in der heutigen Zeit entgegenzuwirken.“

PRIVATISIERUNG: Köln. Die Diskussion um die Privatisierung der Müllabfuhr treibt die ÖTV bereits zu erheblichen Zugeständnissen. So hat sie sich zur Einführung eines Schichtsystems bereit erklärt. Dies würde eine Halbierung der Fahrzeugbesetzungen und damit eine ungeheure Leistungsverdichtung bedeuten. Zugleich könnte dies bei gleichzeitigen Leistungseinschränkungen zu Entlassungen von Müllwerkern führen oder durch die Ausweitung der Geschäfte z. B. um einen privaten Containerdienst den Privatisierungsdruck erneut erhöhen. Die CDU fordert bereits die Überführung in einen städtischen Eigenbetrieb mit dem Ziel der späteren vollständigen Privatisierung.

KOMMUNALE TELEKOMS: Bonn. Bundeswirtschaftsminister Rexrodt hat sich gegen das Betreiben von Telekommunikations-Netzen und -Diensten durch die Kommunen gewandt. Das wäre „das Gegenteil von dem, was ordnungspolitisch geboten ist.“ Der Deutsche Städttetag hat sich die „Einmischung des Ministers in kommunale Angelegenheiten“ verbeten. Es sei reine Landessache, dazu Stellung zu nehmen, und in den Gemeindeordnungen der Länder geregelt. In Nordrhein-Westfalen ist z. B. gerade – auf Antrag der SPD – das parlamentarische Verfahren eingeleitet worden, um den Gemeinden den Einstieg ins Telekommunikationsgeschäft ausdrücklich zu erlauben.

VOLKSBEGEHREN: Potsdam. Die Bürgerinitiative gegen Transrapid in Berlin und Brandenburg hat am 18. Juni beschlossen, nach der Ablehnung der Volksinitiative gegen Transrapid durch den Brandenburger Landtag nun in die nächste Stufe zu gehen. Jetzt soll ein Volksbegehren beim Brandenburger Landtag beantragt werden. Wenn es, wie beabsichtigt, im Spätsommer gestartet wird, müssen dafür in den Einwohnermeldeämtern 80.000 Unterschriften gesammelt werden.

Zusammenstellung: ulj

STREIKS IM GROSS-HANDEL:

Die Gewerkschaft HBV hat zu weiteren Streiks im Groß- und Außenhandel von NRW aufgerufen. Rund 1.000 Beschäftigte der Firmen Interbuy, TZ-Frischdienst und A. Sutter legten nach ihren Angaben am 11.6.1997 die Arbeit nieder. Bei einer Streikversammlung in der Zeche Carl (Bild) lehnten sie vor allem die vom Kapitalistenverband gewollte Kürzung der tariflich abgesicherten vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ab. 4% mehr Lohn- und Gehalt, bei besonderer Berücksichtigung der unteren Lohngruppen, 65 DM mehr für Azubis und eine garantierte Übernahme nach der Ausbildung für mindestens sechs Monate sind weitere Forderungen. Die Aktionen zeigen Wirkung. Nachdem der Streik auch am 12.6. fortgesetzt wurde, distanzierte sich die Firma Sutter vorsichtig von den harren Zumutungen des Kapitalistenverbandes, der auch eine Verlängerung der Arbeitszeit auf bis zu 45 Stunden/Woche fordert. Man denkt über eine



„hausinterne Lösung“ nach. Bei der Firma Interbuy – da diese Firma mit Frischware handelt, traf sie der zweite Tag des Streiks empfindlich – kam es dagegen zu einem Zwischenfall: Die Geschäftsführung versuchte, den Streik mit Leiharbeitern und Beschäftigten von Speditionsfirmen zu unterlaufen. Nachdem die Streikenden empört die Ausfahrt besetzt hatten, nahm sie ihre Maßnahmen zurück und ließ die schon beladenen Lastwagen wieder ausladen. Bis zum (vorläufigen) Streikende um Mitternacht kontrollierte eine Mahnwache jedes Fahrzeug.

wof

STEUERFREI: Zum Verkauf der Mannheimer Firma Boehringer an den Schweizer Roche-Konzern wollte Barbara Höll, finanzpolitische Spre-

cherin der PDS-Bundestagsgruppe, von der Bundesregierung wissen, ob Meldungen über einen steuerfreien Verkaufserlös von 19 Milliarden Mark zutreffen. Zur Antwort der Bundesregierung erklären Barbara Höll und der baden-württembergische PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf: Die Bundesregierung hat mit ihrer Antwort vom 4. Juni bestätigt, daß der Milliardendeal um den Verkauf der Firma Boehringer steuerfrei bleibt. Die Eigentümerfamilie Engelhorn, die ihren Holding-Wohnsitz auf den Bermudas hat, macht mit dem Verkauf des Unternehmens 19 Milliarden Mark private Kasse und wird hierbei nicht eine müde Mark an Steuern bezahlen. Die entscheidenden zwei banalen Sätze in der Antwort der Bundesregierung lauten: „Mit den Bermudas besteht kein Doppelbesteuerungsabkommen ...“

Die Bundesregierung sieht zur Zeit keinen Handlungsbedarf.“ Allein in Mannheim werden mit dem Verkauf von Boehringer rund 9.300 Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt. Die Eigentümer kassieren 19 Milliarden Mark für den Verkauf eines Unternehmens, das jahrzehntelang von just diesen Beschäftigten aufgebaut wurde. Und dafür gewährt der Staat noch komplett Steuerfreiheit und erklärt mitten in einer Finanzkrise „keinen Handlungsbedarf“ zu erkennen. Handlungs- bzw. Zahlungsbedarf haben jedoch bald die Stadt Mannheim und die Nürnberger Anstalt für Arbeit: Immerhin landen die zusätzlichen Kosten für erhöhte Arbeitslosigkeit dann wieder bei den Steuer- und Beitragszahllenden. Boehringer ist kein Einzelfall im aktuellen Stadium des Casino-Kapitalismus.

KLAGE GEGEN SEL: Ebenfalls vom Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf (PDS) stammt eine Stellungnahme zur Schließung von SEL Mannheim:

Erwartungsgemäß sind die Gespräche zwischen Stuttgarter Landesregierung, SEL-Vorstand, Mannheimer Oberbürgermeister und Bankenvertretern am 16. Juni erfolglos geblieben. Das Werk soll geschlossen, die Produktionsbereiche sollen verlagert werden. Betroffen sind über 400 Beschäftigte. Die freundliche



Stuttgart, 23. Juni 1997: Etwa hundert Feuerwehrleute protestierten auf dem Dach des baden-württembergischen Innenministerium gegen die geplante Anhebung der Altersgrenze von 60 auf 61 Jahre und gegen die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 50 auf 56 Stunden. Sie entrollten ein Transparent, auf dem die Forderungen zu lesen waren.

Bitte der Landesregierung, den Standort Mannheim zu mindest bis nach den Bundestagswahlen im Jahre 2000 zu halten, lehnte der SEL-Vorstand ab. Damit bricht die Firmenleitung vorsätzlich einen Vertrag aus dem Jahre 1995, in dem 410 Arbeitsplätze auf Dauer garantiert wurden und (u.a. über die Aktivierung ziviler Geschäftsfelder) neue Arbeitsplätze in Aussicht gestellt wurden. Die Bundesregierung bestätigt auf eine Kleine Anfrage der PDS im Bundestag, daß SEL seit 1994 rund 240 Direktaufträge in einer Höhe von 470 Millionen Mark erhielt. Für einen Teil dieser Aufträge konnten keine Folgeaufträge in Aussicht gestellt werden. Rüstung sichert also keine Arbeitsplätze. Vermittelnde Tätigkeiten des CDU-MdB Klaus Dieter Reichardt bei der Vergabe von Regierungsaufträgen (wie von diesem behauptet) hat es laut Bundesregierung übrigens nicht gegeben. Für die PDS-Bundestagsgruppe unterstützte ich die Absicht der Stadt Mannheim, des Betriebsrates und der Gewerkschaften, auf Einhaltung der Arbeitsplatzgarantie von 1995 zu klagen. Die neoliberalen Praxis der Konzernleitung, wonach Arbeitsplätze nach Belieben verlagert, Arbeitsplätze vernichtet und Belegschaften gegenseitig ausgespielt werden, muß mit politischen, juristi-

stischen und gewerkschaftlichen Mitteln durchkreuzt werden.

GEGEN TARIFBRUCH: Nach mehrtagigem Streik der Beschäftigten der Druckerei Schwend in Schwäbisch Hall hat der baden-württembergische Druckunternehmerverband am Mittwochabend den sofortigen Beitritt der Firma bestätigt. Die Beschäftigten genießen damit ab sofort alle tariflichen Rechte, die in den Tarifverträgen mit der Druckindustrie vereinbart sind. Die IG Medien hatte die Unternehmensleitung vor einigen Monaten aufgefordert, einen Haustarifvertrag zu vereinbaren. Dies hatte der Unternehmer abgelehnt. Die IG Medien führte daraufhin eine Urabstimmung durch. 91,3 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten sprachen sich für Arbeitskampfmaßnahmen aus. Ab Freitag, 4.6., streikten die Druckereibeschäftigten, am Dienstag und Mittwoch wurde das Erscheinen des „Haller Tagblatt“ und der im Lohndruck erscheinenden „Computer-Woche“ erfolgreich verhindert. Dies gelang nicht zuletzt auch mit der Solidarität der Beschäftigten anderer Druckunternehmen, die es ablehnten, Streikbrucharbeiten zu übernehmen.

IG Medien, 11.6.
Zusammenstellung: alk

Läßt sich die Fläche im Korridor verteidigen?

Die am 18. März begonnenen Tarifverhandlungen in der Chemischen Industrie (West) über „Flexibilisierung“ des Entgelt-Flächen-tarifvertrages sind am 3. Juni mit der Vereinbarung eines „Entgeltkorridors“ zu Ende gegangen.

Die IG Chemie will diese Vereinbarung als Stabilisierung und Stärkung des Flächentarifvertrages verstanden wissen. Freudige Äußerungen gibt es von Blüm („Kopernikus-Wende der Tarifpolitik“) über Regierungsparteien und SPD bis hin zu Hundt und Stihl.

Die Verhandlungen waren die Einlösung einer Zusage, die die IG Chemie-Papier-Keramik dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) auf dessen Verlangen am 18.12.96 bei Abschluß des Tarifpaketes für 1997 gemacht hatte. Im Tarif-Info vom 19.12.96 hieß es dazu: „Aus diesem Tarifabschluß (in dessen Mittelpunkt die Sicherung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall stand; d. Verf.) wurde die Forderung der Arbeitgeber nach einer Sparten-Lösung für die Kunststoffverarbeitende-, kautschukverarbeitende und Chemiefaserindustrie ausgeklammert. Die Tarifvertragsparteien werden hierzu im Januar 1997 gesondert Gespräche fortsetzen ...“

Was da ausgeklammert wurde im Wissen, man werde sich schon – an anderer Stelle, zu anderer Zeit, und vor allem außerhalb der kämpferischen Turbulenzen im Zusammenhang mit der Lohnfortzahlung – einigen, war eine direkte Absenkung des Tarifniveaus. Jahrelang

war in der Tarifdiskussion innerhalb der IG Chemie das bescheidene Volumen der Entgelterhöhungen u.a. damit begründet worden, daß man anderenfalls die Betriebe der o.g. Sparten durch Tarifflucht bzw. Verbandswechsel aus dem Flächentarif verlieren werde (nach Angaben der IG Chemie ca. 600 von 1700 Betrieben unter dem Chemietarif West). Insofern wurden die 100% Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mit einem Wechsel auf weitere Kompensation noch teurer bezahlt, als im Dezember 1996 unmittelbar sichtbar.

Die Unternehmer der Faser-, Kautschuk-, Kunststoffindustrie forderten generelle Absenkungen um 10%, ja sogar um 15% gegenüber dem Chemietarif. Sie orientierten sich dabei am eigenständigen Kunststofftarif Hessen, den die IG Chemie mit einem aus der Historie überkommenen separaten Arbeitgeberverband Kunststoffverarbeitende Industrie Hessen forschreibt. Ihre Forderung unterstrichen diverse Unternehmen der „Fenster-Branchen“ in einer regelrechten Kampagne mit vehementen Drohungen und Taten: Seit 1.1.97 waren beispielsweise in NRW fünf Unternehmen nicht mehr BAVC-Mitglied und daher nicht mehr unter Tarifbindung. Ein Arbeitgeberverband für die kunststoff-, kautschuk- und chemiefaserverarbeitenden Industrie Norddeutschlands mit 28 Mitgliedsunternehmen (darunter Continental und Polygram) wurde gegründet und der Industrieverband der Faserindustrie beschloß, sich als Arbeitgeberver-

band umzuwidmen zwecks Abschluß eigener Tarife.

Der BAVC begnügte sich jedoch nicht mit der Forderung nach Billig-Fenstern, sondern verlangte zusätzlich eine generelle Tariföffnungsklausel, die es ermöglichen sollte, die Tarife (ob Chemie allgemein oder „Fenster“) nach unten ohne festgelegte Untergrenze zu öffnen – durch Betriebsvereinbarung, ohne Zustimmungspflicht der Gewerkschaft.

Die IG Chemie fürchtete (wahrscheinlich zu Recht), eine pauschale Tarifabsenkung in den Fenster-Branchen werde dort einige tausend Mitgliedsbücher fliegen lassen. Außerdem befürchtete sie, „Branchenfenster“ würden in Mischbetrieben zu Betriebsaufspaltungen führen.

Verhandlungsführer Terbrack versuchte nun kraft einsamen Beschlusses, diesen Gefahren mit dem Angebot zu begegnen: Öffnung eines Entgeltkorridors mit betrieblicher Anwendung auf „freiwilliger Basis“ (nämlich wenn Betriebsrat und IG Chemie zustimmen), gültig für das gesamte Tarifgebiet Chemie West, nicht nur für die potentiellen „Fenster“.

Man verhandelte noch zweimal und war sich dann einig. Die Logik dieses Tarifabschlusses setzt zunächst einmal voraus, daß den Drohungen und Taten der Faser-, Kautschuk- und Kunststoff-Unternehmen nichts entgegenzusetzen ist. Zu großen Auseinandersetzungen kam es z.B. beim Verbandswechsel von Continental nicht. So bleibt dann tatsächlich nur noch „Schadensbegrenzung“.

Unternehmensleitung und Gesamtbetriebsrat der Daimler-Benz AG haben in intensiven Verhandlungen Einvernehmen darüber erzielt, die bisherigen Regelungen zu Weihnachtsgeld und Sondervergütung durch ein neues Modell abzulösen, das eine erweiterte Erfolgsbeteiligung für die Mitarbeiter vorsieht. Mit dem neuen Modell wird zukünftig ein wesentlicher Teil betrieblicher Sonderzahlungen in Abhängigkeit vom Geschäftsergebnis des Unternehmens ermittelt. So steht es in der Pressemitteilung des Konzerns vom 13. Juni.

Im einzelnen soll das so aussehen: Sobald der sogenannte Operating Profit in den Geschäftsfeldern PKW und Nutzfahrzeuge (das ist der weltweit erzielte Konzerngewinn nach einem festgelegten Berechnungsverfahren) 1,5 Milliarden DM erreicht, erhalten die Beschäftigten 270 DM, erstmals im Frühjahr 1998 für das Jahr 1997. Je 100 Millionen DM höheren Profit steigt die Ergebnisbeteiligung um rd. 38 DM je Mitarbeiter.

Über das Ziel, das die Unternehmensleitung damit verfolgt, zitiert die Pressemitteilung den Personalvorstand Heiner Tropitzsch: „Die direkte Beteiligung am Unternehmensergebnis wird die Identifikation mit dem Unternehmen fördern. Die Mitarbeiter partizipieren künftig direkt am Unternehmenserfolg. Ihre be-

Daimler-Benz: Jeder Arbeiter ein „share-holder“?

sonderen Leistungen werden honoriert und gleichzeitig bedeutet dies einen Ansporn zu weiterem Engagement.“

Der Gesamtbetriebsrat Karl Feuerstein wird auch zitiert: „Wir haben mit dieser Regelung einen Ausgleich für die Opfer und Anstrengungen der Belegschaft in den letzten Jahren erreicht, die wesentlich zum aktuellen Unternehmenserfolg beigetragen haben. Damit

werden die Mitarbeiter erstmals am jetzt wieder positiven Ergebnis beteiligt.“

Niemand wird den Beschäftigten bei der Daimler-Benz AG die rund 500 Mark betriebliche Sonderzahlung, die sie im nächsten Jahr wahrscheinlich kriegen, mißgönnen. Aber ein paar kritische Anmerkungen zu der Vereinbarung sind doch angebracht:

Abgesehen von denen, die nichts bekommen, weil die erfolgreiche Profitpolitik des Konzerns sie arbeitslos gemacht hat; abgesehen von der Diskrepanz zwischen dem, was ein „Mitarbeiter“ kriegt, und dem, was ein echter „share-holder“ abkassiert; abgesehen von den Beschäftigten bei den Zulieferern, die bluten mußten für den Konzernprofit; abgesehen davon, daß der Konzern bis zum Jahr 2000 in der BRD keine Steuern mehr zahlen will: Wenn eine sicher unumgängliche Reform des Flächentarifs in Richtung betrieblicher Anpassung bei dieser Art von profitorientierter Entlohnung endet, dann haben die Gewerkschaften ziemlich viel verloren. *alk*

Zweitens kippt der Tarifabschluß die jahrzehntelange Logik über Bord, daß ein Tarifanspruch ein garantierter Mindestanspruch ist, unter dem nichts läuft, der somit für die gesamte Branche auch eine verlässliche Kalkulationsgrundlage abgibt. Diese Grenze ist nun an den unteren Rand des Korridors verschoben. Der Konkurrenzdruck wird in den Betrieben, die nicht an den unteren Rand gehen, sofort zunehmen. Den leichter erpreßbaren Betriebsräten wird hierbei die eigentliche Entscheidungskompetenz zugewiesen. Der kollektive Schutz vor individuellem Druck wird damit unterminiert. Von „Schadensbegrenzung“ kann man schwerlich sprechen.

Die Anwendbarkeitsdefinition für den Korridor ist universell. Denn wo wird es nicht um die „Vermeidung der Verlagerung von Produktion, sonstiger Aktivitäten oder Investitionen ins Ausland“ gehen? Da kommt es schon auf erhebliches Standvermögen der Betriebsräte und Wehrhaftigkeit der Belegschaften an, damit nichts anbrennt. Und die Frage ist, wieviel Unterstützung widerstandswillige Belegschaften von der Gewerkschaft bekommen.

Die 10%-Grenze erweist sich als wachsweich. Da ausdrücklich eine Kombination mit anderen bereits tarifierten Öffnungsklauseln nicht ausgeschlossen wird, ergibt sich im schlimmsten Fall (bei Einstellung eines Langzeitarbeitslosen) ein Faktor von ca. 0,7–0,8 des eigentlichen Tarifes: 0,95 (Einstiegslohn) x 0,9 (Unterkante Korridor) x 0,933 (Unterkante Arbeitszeitkorridor = 35 Stunden) x 0,969 (Kürzung des 13. auf z.B. 60%, dies auf 12 Monate umgerechnet) = 0,773. Wird dann noch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die ganze Sache einzufrieren und (künftig hoffentlich immer noch positive) Änderungen der bezirklichen Tarifsätze „anders zu regeln“, kommt man im Laufe der Zeit gegen 0,7 zumal ja auch noch übertarifliche Leistungen mit Priorität zur Kürzung anstehen.

Ein Kündigungsstopp während der Kriechtour auf dem Boden des Korridors ist lt. dem vorliegenden Vertragstext nicht obligatorisch. Die Maßnahme muß lediglich als Intention haben, Entlassungen zu vermeiden.

Die Befristung der betrieblichen Tarifabsenkung kann lt. Vertragstext beliebig lang angesetzt werden. Die Laufzeit des Tarifvertrags selbst ist noch offen.

Es ist keine Frage, daß dieser Tarifabschluß ausstrahlen wird auf andere Tarifbereiche und Gewerkschaften. Die Diskussion im IG-Metall-Vorstand sind schon sehr weit gediehen und es liegt die Vermutung nahe, daß man dort der IG Chemie bewußt den Vortritt ließ, um mit ähnlichen Modellen nachzuziehen. Letztlich scheint in den Hauptvorständen die „globalisierte“ Meinung vorzuherrschen, das tariflich garantierte Mindestlohniveau in der BRD sei tatsächlich zu hoch.

tht



In der Vorbereitung der dritten bundesweiten Verhandlungs runde am 11.6.97 in Düsseldorf für die ca. 240.000 Beschäftigten in den Versicherungen wurden etliche Warnstreiks mit jeweils sehr guter Beteiligung durchgeführt.

So streikten am 9.6. in Karlsruhe 400 Beschäftigte der Karlsruher Versicherung, in Mannheim kamen 350 Kolleg/innen der Mannheimer Versicherung zu einer Aktion auf die Straße. Am 10.6. gab es in Nürnberg (u.a. Colonia-Nordstern) sowie in Regensburg (Bayerische Allianz) Warnstreiks, am 11.6. in Stuttgart (Allianz) sowie in Berlin mit verschiedenen Versicherungen (u.a. Allianz). Am Verhandlungsort in Düsseldorf wurde am Nachmittag des 11.6. (während der Verhandlungen) eine Kundgebung durchgeführt.

Daß es in anderen großen Versicherungsstandorten wie etwa Hamburg nicht zu Aktionen kam, lag einmal daran, daß die Empörung der Kolleg/innen über die Provokation des agv (Arbeitgeberverband Versicherungen) – vor allem die Kürzung der Lohnfortzahlung – und damit die Möglichkeiten zur Mobilisierung auf HBV-Seite eher unterschätzt wurden, zum anderen daran, daß die DAG z.T. direkt gegen Aktionen auftrat und diese als „Aktionismus der HBV“ diskreditierte. Dabei boten allein die aktuellen Bilanzpressekonferenzen der Versicherungen, die allesamt Jubelveranstaltungen waren und sind („40 und 50% Dividende dürfen keine Utopie sein“ usw.), zusätzlich reichlich Stoff für die Beschäftigten, um gegen die geplanten Verschlechterungen auf die Straße zu gehen.

Im Laufe der Verhandlungen selbst ließ der agv erkennen, daß er einige der Zumindestungen aus den ersten Runden zurücknehmen würde (u.a. Kürzung der Lohnfortzahlung auf 80%, Einführung einer „Lohnfortzahlungsversicherung“, Umwandlung von Urlaub in Geld, 42-

Stunden-Woche für bis zu 10% von Belegschaften, Einführung von neuen Niedriglohngruppen), wenn die Gewerkschaften ein extrem niedriges Gehaltsangebot schlucken würden. Andere Dinge – wie etwa die Nullrunde für Auszubildende und das Auslaufen des Vorruststandes bei Einführung einer (schlechteren) Altersteilzeit-Regelung – blieben dagegen im „Paket“.

Beendet wurde diese dritte Runde am Morgen des 12.6. mit einem Diktat des agv in Form eines „ultimativen Angebots“, an dem sich „substantiell nichts mehr ändern“ lasse:

- Eine Einmalzahlung für 7(!) Monate (Mai bis November 97) von DM 300,- (!!)(für Auszubildende DM 150,-);
- eine Gehaltserhöhung von 2% ab dem 1.12.97 / keine Erhöhung der Azubi-Vergütungen;
- eine Laufzeit bis zum 31.12.98 (die Gesamtlaufzeit würde damit 20 Monate betragen);
- Altersteilzeit mit 75% des letzten Nettogehaltes;
- „Erklärungsfrist“ von 4 Wochen für die Gewerkschaften, in denen sie dieses „Angebot“ annehmen können.

Dieses Angebot liegt noch unter dem Abschluß für die Banken vom 28.5., bei dem die Auszubildenden wenigstens minimal berücksichtigt und der Vorruststand noch einmal um 1 Jahr verlängert wurden. Die Eckwerte des Geldangebots (300 Mark / 2%) sowie die Laufzeit entsprechen dagegen dem Bankenabschluß.

Trotz dieser gesammelten Unverschämtheiten wird es schwer werden – angesichts der Abschlüsse in anderen Branchen –, weiter für Aktionen zu mobilisieren, um den Abschluß noch nach oben zu drücken.

Auf seinem angekündigten Weg, „in den nächsten Jahren die Kapitalseite zu bedienen“, ist der agv auf jeden Fall wieder ein gutes Stück vorangekommen.

res

Teure Lohnfortzahlung

Die Arbeitgeberverbände des Bankgewerbes waren erneut mit der Forderung nach weiterer Ausdehnung von regelmäßiger, zuschlagsfreier Samstagsarbeit in die Tarifrunde gezogen. In der Zeit zuvor hatten sie durch Tarifflucht in größerem Stil Fakten geschaffen, um die Gewerkschaften zu erpressen: Erstmals wurden Kernbereiche verschiedener Banken in Form von Direktbanken oder Servicezentren ausgegliedert, bzw. auf der „grünen Wiese“ neu hochgezogen. In der GZS, der Gesellschaft für Zahlungsverkehr, wo ein Großteil der Zahlungen mit Euroscheck und Eurocard bearbeitet wird, wurde der Betriebsrat bereits mit der Drohung der Tarifflucht zu weitgehenden Zugeständnissen bei der Samstagsarbeit gebracht.

Die Position der Bankangestellten war durch die gesetzliche Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80% seit 1. Oktober 1996 verschlechtert. Die vollmundige Behauptung vieler Gewerkschaftsführer, dieser gesetzlichen Eingriff in den Verkaufspreis der Arbeitskraft würde schon an den bestehenden Tarifverträgen scheitern, und der damit verbundenen Verzicht auf den gemeinsamen politischen Kampf hatte erwartungsgemäß zur Zersplitterung der Auseinandersetzung und bis zum Auslaufen des Banktarifs im April 1997 bereits zu zahlreichen Zugeständnissen anderer Gewerkschaften geführt. Im Manteltarif Banken selbst war die Lohnfortzahlung nicht abgesichert. Haltelinie war nur die Verpflichtung der Arbeitgeber, nach 6 Wochen Krankheit die Differenz zwischen Krankengeld der Kassen und Nettolohn je nach Betriebszugehörigkeit gestaffelt von 7 Wochen (2 Jahre Betriebszugehörigkeit) bis zu 72 Wochen (25 Jahre Betriebszugehörigkeit) zu zahlen. Außerdem durften Kuren nicht mit Urlaub verrechnet werden, was ebenfalls besser war als im geänderten Bundesurlaubsgesetz, das seit 1. 10. 96 zwei Tage Anrechnung pro Woche vorsieht.

Die Aktionen der Bankangestellten im November und Dezember 1996, als sich allein in Frankfurt bis zu 3000 Beschäftigte an Warnstreiks und Demonstrationen beteiligt hatten, waren von der Tarifkommission nicht zu einem Tarifabschluß geführt worden, sie hatten aber den Arbeitgebern deutlich gemacht, daß hier ein Anliegen ist, für das auch gewerkschaftlich Nichtorganisierte stehen. Die Großbanken mußten ihren Versuch zurückziehen, die 20%ige Kürzung bereits vor einer tariflichen Regelung umzusetzen.

Bis zum Auslaufen des Gehaltstarifs

Ende April mußten die Bankangestellten zur Kenntnis nehmen, daß die Tarifkämpfe in anderen Branchen mit mehr oder weniger schlechten Kompromissen endeten. Eine größere Mobilisierung fand denn auch nicht mehr statt, aber es war klar, daß das Minimum die 100%ige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sein mußte. Nach 4 Verhandlungen, die nur von kleineren Kundgebungen begleitet waren, wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Die jeweils geltende gesetzliche Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird in den ersten 6 Wochen um 20 Prozentpunkte tariflich aufgestockt, wobei Mehrarbeitszuschläge nicht mehr in die Berechnung einfließen. (Anmerkung: seit 1996 muß Mehrarbeit inklusive Zuschläge grundsätzlich in Freizeit vergütet werden, so daß die Einschränkung keine große Relevanz hat.) Diese Regelung steht unbefristet im Manteltarif. Der Krankengeldzuschuß nach den 6 Wochen Lohnfortzahlung bleibt in der bisherigen Form erhalten.

Damit war das Hauptziel erreicht. Im Gegenzug gab es folgende Verschlechterungen bzw. Zugeständnisse: Die Tarifgehaltserhöhung bleibt weit hinter den wirtschaftlichen Verhältnissen im Bankgewerbe zurück. Für die 7 Monate Mai bis November 1997 gibt es eine Einmalzahlung von gerade 300 DM. Ab Dezember dann eine 2 %ige Erhöhung, Laufzeit bis einschließlich Dezember 1998, also 20 Monate Friedenspflicht. Bei Kuren können pro Woche je ein Tag (gesetzlich 2 Tage) auf den Erholungssurlaub angerechnet werden. Das Urlaubentgelt richtet sich künftig ebenfalls nach dem Gehalt ohne Mehrarbeitszuschläge.

An Sylvester, der seit einigen Jahren in den Filialen und einem Großteil der Zentralen frei ist, darf künftig gearbeitet werden, wenn andere „im engeren Wettbewerb stehende öffentlich-rechtliche Sparkassen“ geöffnet bleiben. Teilzeitarbeit soll in Zukunft auch befristet vereinbart werden können. In einem Tarifvertrag zur Altersteilzeit wurde vereinbart, daß diese auch als Block genommen werden kann, der Vorruhestandstarif wurde bis Ende 1999 verlängert.

Was hat sich bei der Samstagsarbeit, dem Hauptziel der Arbeitgeber getan? Vordergründig nichts, bis auf eine gemeinsame Erklärung, in der es heißt: „Die Tarifparteien stimmen darin überein, daß die Arbeitszeitbestimmungen des MTV reformbedürftig sind. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe wird beauftragt, bis Ende 1998 Reformvorschläge zu erarbeiten. Arbeitgeberseitig steht das Interesse an flexiblen Arbeitszeiten (einschl. Lebensarbeitszeit, Jahresarbeitszeit, Samstagsarbeit, Sonntagsarbeit, Nachtarbeit, Absenkung von Zuschlägen für bestimmte Arbeitszeitlagen) im Vordergrund, gewerkschaftsseitig das Interesse an einer Verkürzung der Arbeitszeit, einer arbeitnehmerorientierten Arbeitszeitflexibilisierung (Arbeitszeitsouveränität) sowie der Verbesserung der Teil-

zeitarbeitsmöglichkeiten und -bedingungen. Die weitere Öffnung zur Sams-tagsarbeit soll vorrangig bis Ende 1997 einer Lösung zugeführt werden.“

Wenn diese Auseinandersetzung nur am Verhandlungstisch ausgetragen würde, könnte man weiterhin auf „Patt“ tippen – die Arbeitgeber setzen aber durch ständiges Outsourcing (Direktbanken, Ausgliederung ganzer Geschäftsprozesse in neue Servicezentren) weiter Fakten. D.h. die Auseinandersetzung muß auch in die ausgelagerten Betriebe getragen werden, der Kampf um die Betriebseinheit bis hin um die Einheit des „virtuellen Betriebs“ steht auf der Tagesordnung und die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Sinn und Unsinn von Bankdienstleistungen am Wochenende muß geführt werden. Die schrumpfenden Stammbesitzerschaften des traditionellen Bankbetriebs stehen sonst auf verlorenem Posten.

gst

Radikale Umkehr – wohin?

Verschiedene Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte sind innergewerkschaftlich auf heftige Kritik gestoßen. Der folgende Brief an ihn wurde von den IG Metall-Vertrauensleuten der Widia GmbH, Essen bei ihrer letzten Versammlung einstimmig beschlossen.

Werter Kollege Schulte,
zu Pfingsten – so mußten wir der Presse entnehmen – hast Du zu einer „radikalen Umkehr“ der Gewerkschaften aufgefordert. Darunter verstehst Du die offene Unterstützung von Kürzungen des Rentenniveaus, einen Frontalangriff auf die Rechte der Jugend mit der Forderung nach Kurz- und Werkleihen und nicht zuletzt die Aufweichung der Flächentarifverträge. Dagegen erklären wir unseren Protest.

Gerade unsere Belegschaft hat in einer mehrmonatigen Auseinandersetzung erfolgreich eine Lohnkürzung verhindert. Wir haben dabei die positive Erfahrung gemacht, daß wir unsere Löhne und Arbeitsplätze im Kampf erfolgreich verteidigen können. Deine Art „radikale Umkehr“ bedeutet dagegen in der Konsequenz einen Kniefall vor der Bundesregierung und den Unternehmerverbänden, die die Maastricht-Kriterien dadurch zu erreichen versuchen, daß sie uns Arbeitern und Angestellten tief ins Portemonnaie greifen, erkämpfte soziale Errungenschaften radikal abbauen und die Belegschaften der verschiedenen europäischen Länder mit dem Ziel von niedrigeren Standards gegeneinander ausspielen. Dagegen müssen unserer Meinung nach die Gewerkschaften international entschieden Front machen – so wie bei der Verteidigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und wie die Berg- und Stahlarbeiter im Frühjahr dieses Jahres...

Im Vorfeld der Wahlen

Die Strategie, mit der die Parteien in die Bundestagswahl 1998 gehen, wird in den Medien vor allem als Personalfrage diskutiert. Seit Kohl seine erneute Kandidatur bekanntgab, steht die Frage Lafontaine oder Schröder im Zentrum. Bei den Bündnisgrünen steht Joschka Fischer als Spitzensstaatsmann fest. Darüber hinaus wird regelmäßig demoskopisch nachgemessen, ob SPD und Bündnisgrüne zu einer parlamentarischen Mehrheit gelangen. Diese Diskussion ist politisch sachleer und auch als abstrakte Gedankenspielerei schief. Der Öffentlichkeit wird suggeriert, daß es eine „strategische Mehrheit“ im Parlament ohne die PDS geben wird. Die PDS, so lautet die Botschaft, ist zwar irgendwie da und dürfte es auf dem Drei-Direktmandate-Sonderweg auch in den Bundestag schaffen, aber zur Ablösung der bürgerlichen Rechten wird sie nicht gebraucht. Damit ist die PDS im öffentlichen Gerede als bloße Randerscheinung, marginalisiert, vielleicht sogar ein Risiko für die Ablösung des Bürgerblocks.

Die PDS kann aus dieser Charakterisierung, an der viele kräftig arbeiten, nur ausbrechen, wenn sie sich als parlamentarische Kraft im demokratischen Sinne bewährt. Sie muß nicht auf Regierungsbeteiligung hinschießen, sondern die politischen Interessen aus ihrer gesellschaftlichen Praxis gesetzgeberisch zum Tragen bringen. Die herrschende öffentliche Meinung vom Parlament als Kanzlerwahlverein bzw. Meckeranstalt ist selbst schon undemokatisch. Es lohnt sich, kurz einmal nachzudenken, woher die Regierungen stammen. Erst kürzlich feierte das bayerische Kultusministerium öffentlich prunkvoll seinen einhundertdixten Geburtstag. Ob Königreich, ob Diktatur, alles egal, eine lange Linie der Herrschaft. Die Parlamente hingegen bilden sich gegenüber der Staatsmacht, bürgerlich-demokratisch, um deren Wirken durch Gesetzgebung und Haushalts(nicht)bewilligung zu steuern. Daher kommt es auch zu einer Verbindung zwischen emanzipatorischen Bewegungen, die in der Gesellschaft wirken, und demokratischen Abgeordneten, sie können sich über die Gestaltung von Haushalt und fortschrittlicheren Gesetze finden.

Die Wahlstrategie der PDS müßte also v.a. eine Wendung der Diskussion zu politischen Inhalten leisten. Die bisherige Diskussion der Wahlstrategie in der Partei läßt eine solche Entwicklung des Wahlkampfes zu, fördert sie aber nicht

optimal. Die Selbstbehauptung der Partei steht als Wert allzusehr im Mittelpunkt. Im Osten ist die PDS für viele Menschen die einzige Möglichkeit, ihre Lebenserfahrung, ihre Kritik und ihre Interessen in das politische System der BRD hineinzutragen, aber im Westen? Die Wählerinnen und Wähler der PDS haben zum großen Teil schon mal anders oder gar nicht oder auch SPD bzw. die Grünen gewählt. Hier ist gar nichts selbstverständlich, hier braucht es eine Begründung der Aufgabe der PDS im Gefüge der linken Politik, und diese Begründung kann nur sachorientiert gelingen.

Das Strategiepapier, das die innerparteiliche Diskussion eröffnete¹, ließ hier allerhand zu hoffen übrig. Inzwischen hat die Partei diskutiert, ein überarbeitetes Papier liegt vor.

Die Partei bewegt sich ...

In Sachen Ausländergesetze: Im Entwurf hieß es über „die großen gesellschaftlichen Herausforderungen“: „Re-Regulierung und politische Orientierung gegenüber der Wirtschaft; Neuorganisation des Systems der Arbeit und der sozialen Sicherungssysteme; ökologischer Umbau und ökologisch-soziale Steuerreform; politische, soziale und ökologische Bewältigung der Globalisierungsprozesse; Demokratisierung und soziale Gestaltung der Europäischen Union; demokratische und emanzipatorische Ausprägung der ‚Informationsgesellschaft‘“.²

In der überarbeiteten Fassung heißt es jetzt: „Re-Regulierung und politische Orientierung gegenüber der Wirtschaft; Neuorganisation des Systems der Arbeit und der sozialen Sicherungssysteme; Verwirklichung der sozialen, politischen und kulturellen Gleichstellung der Geschlechter, Überwindung aller Formen gesellschaftlicher Diskriminierung; ökologischer Umbau und ökologisch soziale Steuerreform; politische, soziale und ökologische Bewältigung der Globalisierungsprozesse; Demokratisierung und soziale Gestaltung der Europäischen Union; demokratische und emanzipatorische Ausprägung der ‚Informationsgesellschaft‘“.³

Ein klares Wort gegen die politische, soziale und kulturelle Entrechtung der um die 8 Mio. Einwohner ohne deutschen Paß ist was anderes. Aber die Formulierung „Überwindung aller Formen gesellschaftlicher Diskriminierung“ liefert der konkreten Diskussion um das Wahlprogramm wenigstens einen Anhaltspunkt.

In Sachen Antimilitarismus: In Entwurf der Wahlstrategie hatte dieses Thema ganz gefehlt. Der Punkt zu Europa-politik endete dort mit der Aussage:

„Die PDS ist Gegnerin einer Währungsunion, die von einer Zentralbank beherrscht werden soll, die sich der politischen Kontrolle entzieht und von der deutschen Finanzpolitik dominiert werden soll. Ein solches, konkretes, differenziertes Nein erfordert zugleich, daß sich die PDS entschieden mit dem nationali-

stischen Antieuropäismus auseinander-setzt und ihre proeuropäischen und internationalistischen Positionen ausprägt und vor allem öffentlich vermittelt.“⁴

Im beschlossenen Text schließt daran an die Passage: „Die europapolitische Vision der PDS schließt damit auch eine Konzeption von Friedenspolitik ein, die militärische Interventionen und Rüstungsexporte unterläßt und statt dessen mit Abrüstung Ernst macht.“⁵ Wer die PDS lieb hat, kann eine Entwicklung sehen. Aber was ist mit den vielen anderen?

Eine regionale Strategiediskussion

Den Strategietext auszudeuten, wäre vielleicht eine interessante Aufgabe fürs Sommerrätsel des Philologenverbands, an der Parteidiskussion geht so etwas vorbei. Vielleicht deswegen hat der Bundesvorstand eine „Anlage zur Wahlstrategie“ beschlossen⁶, in der es einleitend heißt: „Klar ist: Die Wählerinnen und Wähler müssen einen Grund haben, die PDS zu wählen. Neben ideologischen und emotionalen Gründen muß gerade für eine Partei wie die PDS das Anknüpfen an die kontinuierlich geleistete Arbeit zur Vertretung und Durchsetzung der Interessen von Bürgerinnen und Bürgern in den einzelnen konkreten Regionen als ein Hauptinstrument des Wahlkampfes verstanden werden ... Der Anspruch der PDS, im Rahmen des parlamentarischen Systems eine andere Politik und einen anderen Politikstil zu repräsentieren, kann durch eine offensive Darstellung dessen, wie diese Ansprüche in der Arbeit der PDS tatsächlich verankert sind, vermittelt werden ... Dabei sind für PDS-Politik vor Ort vier Prinzipien entscheidend:

- die Ausprägung eines originären Politikstils, der für transparente und demokratische Entscheidungsfindungen steht und aufzeigt, daß die politischen Rahmenbedingungen es verhindern, notwendige und sinnvolle Veränderungen einzuleiten,
- die Ermutigung von Betroffenen, in die Politik einzugreifen; PDS MandatsträgerInnen und AmtsinhaberInnen oder OrganisatorInnen außerparlamentarischer Aktionen von Opposition gegen die herrschende Politik im Land, in der Bundesrepublik und in der Europäischen Union,
- das ständige Ringen für Lösungen, um die Lage der am meisten Ausgegrenzten und sozial Schwächsten zu verbessern,
- die ständige Bezugnahme auf globale Probleme – Politik, um die Lebensbedingungen in der Kommune und weltweit zu verbessern.“

Der Text mündet in die Aufforderung, in diesem Sinne regionale Wahlstrategien zu konzipieren. Hier bleibt eine Chance.

Fazit: Die Strategiediskussion der PDS hat bis jetzt nicht geklärt, welche Bedeutung die PDS der Spaltung der Bevölkerung durch die Ausländergesetze beimitzt, aber den Zugang zur Klärung der Frage auch nicht verschlossen. *maf*

¹ PDS Pressedienst Nr. 17/97, S.5, auch PB 9/97, S.22ff.; ² s. 1; ³ PDS Pressedienst Nr. 24/97 S. 5 ff; ⁴ s. 1; ⁵ s. 3; ⁶ PDS Pressedienst Nr. 24/97, S. 11

Die Unionsparteien beabsichtigen, die „Innere Sicherheit“ zum Schwerpunkt ihres Bundestagswahlkampfes zu machen. Äußerungen aus der SPD lassen befürchten, daß die Entfesselung staatlicher Macht, die Beseitigung von immer mehr Grundrechten, der Mißbrauch des staatlichen Gewaltmonopols zur Niederhaltung gesellschaftlicher Konflikte und die Repression von Verhaltensweisen, die die „Ordnung“ stören, auch hier starke Befürworter finden. Für die notwendige Entfaltung von Kritik und Widerstand bietet der mit großer Mehrheit auf dem Lan-

desparteitag der PDS Berlin am 14./15.6.197 verabschiedete Leitantrag viele wichtige Gesichtspunkte. Deshalb dokumentieren wir ihn. Allerdings fehlt zu einer wichtigen Frage – nämlich der rechtlichen Ungleichheit, in der die Menschen ohne deutschen Paß gehalten werden – jede Aussage, obwohl für diese große Bevölkerungsgruppe die Bürgerrechte weitgehend aufgehoben sind und obwohl der Staat mit ihrer rechtlichen Stigmatisierung der tagtäglichen Gewalt gegen sie direkt Vorschub leistet.

scc

Landesparteitag der Berliner PDS

Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit in Berlin

I. Bürgerrechte und Staat

Die Stärkung der Bürgerrechte als Abwehrrechte des Individuums gegen den Staat, als Teilhaberechte und sozialstaatliche Garantien ist für die PDS eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Demokratisierung der Gesellschaft.

Wie die Bürgerinnen und Bürger Einfluß auf die Entscheidungen von Staat, Verwaltung und Wirtschaft nehmen und ihre Angelegenheiten selbstbestimmt regeln können, bestimmt über den Grad verwirklichter Bürgerrechte.

Die PDS tritt für eine Zurückdrängung des Staates überall dort ein, wo er die individuellen Grundrechte mit geheimdienstlichen Methoden, politischem Strafrecht, durch die Aufrechterhaltung undemokratischer Abhängigkeitsverhältnisse und die Abschottung seiner Apparate einschränkt. In diesem Sinne bekräftigt die PDS ihre Forderung nach der ersatzlosen Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Wenn die PDS weiterhin politische Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit in ihrer Auseinandersetzung mit staatlicher Repression und polizeilicher Willkür, politischer Justiz und geheimdienstlichen Machenschaften erlangen will, muß sie sich auch grundsätzlich kritisch mit der Geschichte der DDR und ihrer Sicherheitspolitik auseinandersetzen. Obrigkeitsstaatliche Strukturen und obrigkeitstaatliches Denken haben in Deutschland eine lange Tradition und sind bisher nicht grundsätzlich durchbrochen worden. Die PDS muß vor diesem Hintergrund ihr Staatsverständnis neu bestimmen. Bürgerrechtliche Positionen schließen den Bruch mit einem Staatsverständnis ein, das von der Einheit von Individuum, Volk und Staat bzw. Partei, Staat und Volk ausgeht. Diese Position, die sowohl im traditionell-konservativen Staatsverständnis als auch in dem der SED verankert war, steht einer grundlegenden Demokratisierung der Gesellschaft, d.h. der Vergesellschaftung politischer Macht entgegen. Die PDS will den Einfluß der Bürgerinnen und Bürger in Politik und Wirtschaft stärken.

Die neoliberale Transformation des bestehenden Staatsmodells bringt durch neue Dimensionen sozialer Desintegra-

tionsprozesse auch neue kriminelle Energien hervor. Auf legalem Wege können täglich Tausende von wirtschaftlichen Existzenzen zerstört werden, neue Abhängigkeiten entstehen, soziale Bindungen erodieren. Eine wachsende Zahl von sozial Deklassierten erfährt die strukturelle Gewalt des Neoliberalismus als eigene Ohnmacht und gibt die Gewalt weiter – zumeist an Schwächere.

Patriarchale gesellschaftliche Strukturen, die unausbleiblich Gewalteskalationen hervorbringen wie die steigende Gewalt gegenüber Frauen und Kinder müssen ebenso verändert werden wie die allgegenwärtige Ökologiefeindlichkeit. Diese macht die Gewalt im Straßenverkehr zugunsten des Statussymbols „Auto“ geradezu zu einem Kavaliersdelikt. Diese Faktoren sind eine wichtige Ursache dafür, daß in den letzten Jahren Eigentumsdelikte und Gewalt zugenommen haben. Die PDS ist der Auffassung, daß Strategien zur Zurückdrängung der Kriminalität diese als Bestandteil von Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen begreifen müssen.

II. Das staatliche Gewaltmonopol

Nach dem Grundgesetz ist nur der Staat legitimiert, Gewalt als unmittelbaren Zwang auszuüben. Seine Einbettung in die verfassungsmäßige Ordnung schließt klare Begrenzungen des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber den allgemeinen und bürgerlichen Grundrechten und der Freiheit des einzelnen ein. Die PDS stellt sich allen Versuchen entgegen, diese abzubauen, auszuhöhlen und einzuschränken. Die Mittel von Bürgerinnen und Bürgern, ihrem Einspruch und ihrem Protest gegen staatliches Handeln, wie etwa den Sozialabbau, Gehör zu verschaffen, sind begrenzt und werden häufig kriminalisiert. Sie sind vor allem, gemessen an den staatlichen Machtmitteln und seinen Möglichkeiten, Entscheidungen öffentlich wirksam zu vertreten, gering. Da das politische Leben unseres Landes auch Akte des passiven Widerstandes, wie Demonstrationen, Blockaden, des Boykotts, der individuellen und kollektiven Gehorsamsverweigerung bis hin zu Streiks einschließlich politischer Streiks umfaßt, sind Konflikte mit der Polizei nicht auszuschließen. Ziviler Un-

gehorsam gehört zu einem unveräußerlichen Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik, der zugleich dem Wesensgehalt der Bürgerrechte als Abwehrrechte entspricht. Die bedingungslose Unterordnung der Bürgerrechte unter ein staatliches Gewaltmonopol wäre aus Sicht der PDS nicht mit dem Normenhorizont eines demokratischen Staates zu vereinbaren.

Für die PDS geht es grundsätzlich darum, Gewalt in allen Bereichen der Gesellschaft zurückzudrängen. Dazu gehört jedoch zu erkennen, daß Gewalt auch immer dort ausbricht, wo legitime gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen politisch ignoriert bzw. illegalisiert werden. Die PDS setzt sich für die Schaffung von Bedingungen ein, die ermöglichen, daß Konflikte politisch gelöst werden. Gesellschaftliches und gesellschaftspolitisches Konfliktpotential muß politisch analysiert und politisch angegangen werden. Heutige Praxis ist zu oft politische Ignoranz und folgende faktische Illegalisierung. Für dann eskalierende Konflikte hat die herrschende Politik nichts anderes parat als Kriminalisierung und Polizeieinsatz. Polizeiliche Ein- und Übergriffe in politische und soziale Interessenkonflikte, vor allem bei Protestaktionen wie z.B. Demonstrationen und Besetzungen lehnen wir ab. Die Polizei wird so zum völlig untauglichen Politikersatz.

Die PDS geht davon aus, daß das staatliche Gewaltmonopol nicht, wie dies aus seinem Geltungsanspruch folgt, die Interessen der BürgerInnen gleichermaßen schützt, sondern die staatliche Sicherheitsleistung entsprechend der bisher vorgegebenen kapitalistischen Ökonomie ungleichgewichtig ausfällt. Die PDS verkennt nicht die Funktion des Gewaltmonopols als Schutzinstanz gegen strafrechtlich sanktionierte Übergriffe Dritter. Ebensowenig wird die PDS jedoch darauf verzichten, seine herrschaftserhaltende Funktion offenzulegen.

III. Demokratische, soziale und zivile Sicherheitsgarantien

Für die PDS hat öffentliche Sicherheit – auch als individuelle Sicherheit – Priorität vor staatlicher Sicherheit. Innenpolitisch heißt dies für die PDS, daß das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit poli-

tisch immer wieder neu ausbalanciert werden muß. Öffentliche Sicherheit ist für die PDS nicht auf Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung in polizeilichem Sinne zu reduzieren. Die PDS muß in diesem Sinne nicht nur offensiv den Kampagnen der CDU zur „Inneren Sicherheit“ auf Berliner und auf Bundesebene entgegenwirken, sondern auch stärker als bisher herausarbeiten, daß Kriminalität nicht mit den klassischen Machtmechanismen der Polizei und des Strafrechts in den Griff zu bekommen ist. Indem die CDU die verbreitete Kriminalitätsfurcht mißbraucht, forciert sie zugleich die Aushöhlung bürgerlicher Grundrechte, die in ihrer grundlegenden Funktion als Abwehrrechte die Integrität der Bürgerinnen und Bürger sichern sollen.

Mit der Legitimation einer „effektiven Kriminalitätsbekämpfung“ werden auch Kernelemente der öffentlichen Sicherheit von denjenigen zur Disposition gestellt, die durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik eine unübersehbare Mitverantwortung für die Ursachen von Kriminalität tragen. Deswegen steht die PDS in grundsätzlicher Gegnerschaft zur Innenpolitik der CDU. Sie sucht dagegen die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften in der Stadt, darunter mit der Gewerkschaft der Polizei und dem Bund deutscher Kriminalbeamter, um eine Alternative in der Berliner Innenpolitik zu erstreiten und zu verwirklichen. Zu einem alternativen Reformprojekt für Berlin gehören auch klare Kriterien für die öffentliche Sicherheit in der Stadt.

Öffentliche Sicherheit, das heißt für die PDS:

Unteilbarkeit und Schutz der bürgerlichen Integrität

Wenn die bürgerrechtliche Integrität (u.a. Menschenwürde, Gleichheit und persönliche Freiheit, Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit, Versammelungs-, Vereins- und Koalitionsfreiheit, Recht auf körperliche Unversehrtheit und Unverletzlichkeit der Wohnung, die Eigentumsgarantie sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung) zu-

gleich als Sicherheitsgarantien gelten sollen, so kann die Ausdehnung polizeilicher Ausnahme- und Eingriffsbefugnisse und die Erweiterung von Mitwirkungs- und Offenbarungspflichten der Bürgerinnen und Bürger nicht als Beitrag zu mehr öffentlicher Sicherheit gewertet werden. Die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität zu schützen, ist im Sinne des Rechtsstaates eine komplexe Verantwortung der staatlichen Organe, deren Handeln sich primär auf die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität richten muß.

Demokratische Kontrolle und Transparent politischer und wirtschaftlicher Macht

Wenn Kriminalität und Gewalt als spezifische Elemente von Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen begriffen werden, dann müssen die gesellschaftlichen Instrumente der Kontrolle politischer und ökonomischer Macht ausgebaut und gestärkt werden. Die staatliche Kontrolldichte muß vor allem dort erweitert werden, wo die größten Risiken des Mißbrauchs bestehen, z.B. im Bereich privater Wirtschafts- und Finanzunternehmen. Die kampagnenhafte Verfolgung des Leistungsmißbrauchs sozial Schwächer lenkt die Öffentlichkeit von den enormen Mißbrauchsrisiken wirtschaftlicher Macht ab.

Gleiche Zugangsmöglichkeiten für den öffentlichen Raum

Mit der Umstrukturierung Berlins als Regierungssitz und Dienstleistungsmetropole wächst zugleich die Verantwortung der Politik, allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Zugangschancen für den öffentlichen Raum zu garantieren. Verdrängung und Ausgrenzung bilden einen Nährboden für Gewalt. Die Kommerzialisierung und die faktische Privatisierung des öffentlichen Raumes stellt ein immer stärkeres Verdrängungs- und damit auch Sicherheitsrisiko für die Stadt dar.

Zurückdrängung kriminalitätsfördernder gesellschaftlicher Strukturen

Die gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse, die Armut, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung massenhaft hervorbringen, erhöhen das Kriminalitätsrisiko. Dagegen müssen die Möglichkeiten der Arbeitsmarkt- und Sozial-, Bildungs-, Schul- und Wissenschaftspolitik genutzt und gestärkt werden, die diesen Prozessen entgegenwirken können.

Städteplanung, Verkehrskonzepte und Kiezperspektiven müssen sich unter öffentlicher Teilhabe vollziehen und deren Ergebnisse als wichtiger Faktor öffentlicher Sicherheit erfaßt werden.

IV. Innen- und rechtspolitische Prioritäten der Berliner PDS

Von Berlin und insbesondere von

seiner Landesregierung gehen kaum alternative innenpolitische Reformimpulse aus. Vielmehr agiert der Senat als Stütze einer reaktionären Politik der Bundesregierung, z.B. im Hinblick auf die bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge. Die PDS will dagegen nicht nur die vorhandenen landespolitischen Gestaltungsspielräume im innenpolitischen Bereich nutzen, sondern ist der Meinung, daß es dem Landesinteresse Berlins dient, auch auf Bundesebene dem konservativen Roll back in der Innenpolitik entgegenzutreten. Dabei knüpft sie an die linken, bürgerrechtlichen, liberalen und antifaschistischen Traditionen der deutschen Geschichte und insbesondere der Geschichte Berlins an. Für die PDS ist es Aufgabe und Herausforderung, zur Ausprägung eines neuen Rechtsbewußtseins beizutragen, fernab vom tradierten Rollenverständnis Staat gegen Bürger.

Polizeireform

Eine Polizeireform muß die Aufgabe haben, die Polizei als Institution zur Gesellschaft hin zu öffnen und die Transparenz der polizeilichen Tätigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, dem Parlament und den kommunalen Vertretungskörperschaften zu stärken. Die PDS definiert den Platz der Polizei in einem demokratischen Gemeinwesen als zivile Ordnungsmacht.

Die Grundzüge dieser Reform zeigt die PDS in ihrem Eckwertepapier für die Berliner Polizei auf.

Neue Prioritäten in der Kriminalpolitik

Gewalterzeugende gesellschaftliche Strukturen müssen vor allem sozial und politisch zurückgedrängt werden. In diesem Sinne müssen integrative, polizei- und justizferne Mechanismen der Konfliktregulierung erprobt und im öffentlichen Leben etabliert werden.

Die Polizei muß sich vor allem auf ihre ureigenste Aufgabe, die Gefahrenabwehr für Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger zu konzentrieren. Dies umfaßt vor allem die Bereiche von Kriminalität, die zu schweren Schäden für die Allgemeinheit führen, wie z.B. die Wirtschaftskriminalität, Betrug- und schwere Diebstahlsdelikte sowie Gewaltdelikte.

Etwa ein Drittel der gesamten Kriminalität besteht aus Delikten mit geringem Sachschaden (kleine Ladendiebstähle, Beschädigung geringer Sachwerte sowie die sog. Beförderungser schleichung). Der polizeiliche und juristische Aufwand ist erheblich, für die öffentliche Hand entstehen nicht unbeträchtliche Kosten. Die PDS plädiert dafür, Bagatelldelikte mit geringem Sachschaden künftig auf zivilrechtlichem Weg bzw. als Ordnungswidrigkeiten zu ahnden, d.h. sie zu entkriminalisieren.

Insbesondere im Umgang mit kriminalisierungsfähigen Verhaltensweisen Jugendlicher ist die Aufmerksamkeit nicht auf die Effektivität des polizeili-



Gefangen genommener Flüchtling



Buchrezension einer Untersuchung von Patrick Wagner

Volksgemeinschaft ohne Verbrecher

von Jürgen Korell

chen Verfolgungsdruckes, die polizeiliche Prävention und die Verschärfung strafrechtlicher Sanktionen zu richten. Vielmehr müssen im Mittelpunkt solche Maßnahmen stehen, die die Chance zur sozialen Integration gewährleisten oder wiederherstellen, die der Ausbreitung von Armut unter Kindern und Jugendlichen entgegenwirken und die Kriminalisierung und Ausgrenzung von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden verhindern.

Die PDS unterstützt Überlegungen und Initiativen eines bundesweit immer breiter werdenden Spektrums von Politikern, Wissenschaftlern, Juristen, Ärzten, Polizeibeamten und Selbsthilfegruppen, durch eine Entkriminalisierung des Drogengebrauchs Kriminalität wirksam zu senken, Abhängigen und Suchtkranken zu helfen.

Bürgerliche Freiheiten schützen, Freiräume garantieren

Gerade die neue Rolle Berlins als Bundeshauptstadt macht es notwendig, daß die PDS verstärkt allen Versuchen entgegenwirkt, die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit einzuschränken. Es ist gerade eine der Funktionen Berlins als Hauptstadt, daß sich hier Regierende mit politischen Protesten auseinanderzusetzen haben. Die PDS lehnt daher die Bestrebungen von Senat und Bundesregierung, das Regierungsviertel per Bannmeilengesetz von öffentlichen Kundgebungen abzuschotten, ab. Sie fordert, die Sicherheitsplanungen für die Bundeshauptstadt unverzüglich offenzulegen.

Bei Versammelungen, Kundgebungen und Demonstrationen ist es auch Verantwortung der Polizei als Trägerin des Gewaltmonopols, durch wirksame Deeskalationsstrategien Ausbrüche von Gewalt zu verhindern. Die PDS stellt mit Sorge fest, daß die Polizei in wachsendem Maße als Instrument der „Säuberung“ der Innenstadt von sog. Randgruppen eingesetzt wird. Wagenburgen und besetzte Häuser bildeten bisher einen Teil des sozio-kulturellen Facettenreichtums in der Stadt, bettelnde und obdachlose Menschen werden durch die rabiate Verdrängungs- und Säuberungspolitik des Senats weiter ins Elend getrieben. Die PDS wendet sich dagegen, daß die Berliner Polizei Hand in Hand mit privaten Sicherheitsdiensten zur Absicherung der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes in Berlin eingesetzt wird.

•

Menschen, die seines Erachtens für den Kern der Kriminalität verantwortlich waren. Eine ähnliche Argumentation ist heute im Bereich der sog. Organisierten Kriminalität zu finden. Von Beginn an war Heindl auf die Eigentumskriminalität fixiert. Ein Kriminalitätsbereich, der in der polizeilichen Ausbildung wie in der polizeilichen Arbeit immer noch breiten Raum einnimmt, wodurch aufgrund mangelnder Ressourcen anderen Bereichen wie den Umwelt-, Gewalt- oder Sexualdelikten aktuell weniger Raum gewidmet werden kann.

Einhergehend mit der Täterunterteilung formulierte Heindl die Perseveranzhypothese. Demnach „verübe ein gewerbsmäßiger Delinquent seine Taten immer mittels derselben Technik“. Noch 1977 bezeichnete Kriminalrat Niggemeyer die Perseveranzhypothese im Handwörterbuch für Kriminologie als Erfahrungstatsache. Erst 1986 wurde in der Fachzeitschrift Kriminalistik, die im Dritten Reich aus den kriminalistischen Monatsheften hervorging, das Fazit gezogen, daß Perseveranz nicht als das Charakteristikum gewerbsmäßiger Straftäter in Frage kommt. Trotzdem versteht es die Polizei noch heute insbesondere im Bereich der Eigentumskriminalität unter dem Stichwort gleicher modus operandi Straftaten lediglich statistisch zu klären, ohne daß für eine Verurteilung eine schlüssige Beweiskette existiert. So müssen zwangsläufig falsche Daten in die Kriminalstatistik einfließen, die dann wiederum zur Untermauerung kriminalistischer Thesen herangezogen werden.

Nach Heindls Vorstellungen brauchten nur „die charakteristischen Merkmale der Tatsausführung verglichen werden mit den der Kriminalpolizei bekannten Eigenarten der Berufsdelinquenzen, und schon werde man mit ziemlicher Sicherheit den Täter identifizieren können“. Ähnlicher Natur waren die Visionen des früheren BKA-Präsidenten Herold, der die Polizei vor dem Täter am Tatort sehen wollte. Dabei wurde ignoriert, daß in der Weimarer Republik nicht die Berufsdelinquenzen für die Masse der Kriminalität verantwortlich waren, vielmehr war die Kriminalitätsentwicklung von den gesellschaftlichen Krisen geprägt.

Die Kripo in der Weimarer Republik

„Die Kriminalpolizei der Weimarer Republik war eine Institution der Städte, deren überregionale Koordination erst im Werden begriffen war.“ Die Berliner Kripo war mit 2 205 Beamten die größte Dienststelle, galt als „vorbildhafte Einrichtung“ und „ermöglichte ein Höchst-

maß an Differenzierung der Organisation“. Die politische Polizei war damals nicht der Kripo zugeordnet. Die Kripo selbst hielt eine Verschmelzung für untragbar. Derartige Zurückhaltung war jedoch nicht auf ein besonderes rechtsstaatliches Verständnis der damaligen Kriminalpolizisten zurückzuführen, vielmehr kamen Zweifel gegenüber der damaligen Republik zum Ausdruck. Die ablehnende Haltung war sicherlich auf die Herkunft vieler Kriminalbeamter zurückzuführen. Die Nachkriegswirren und Inflation brachte viele Studienabbrecher hervor, die nicht selten in rechten Freikorps aktiv waren und als ehemalige Offiziere in die Kripo eintraten.

In den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde die Berliner Kripo schrittweise aus der Schutzmanschaft herausgelöst. Daraus entwickelte sich eine Spezialisierung der Ermittler und eine Nutzbarmachung technischer Neuerungen zur Kriminalitätsbekämpfung. Das, was heute als Neuorganisation und Umstrukturierung der Polizei angepriesen wird, war zur damaligen Zeit schon Praxis. Während in den einzelnen Polizeireviere stationierte Kriminalbeamte Strafanzeigen aufnehmen und Fälle kleinerer Kriminalität bearbeiten sollten, war die zentralisierte Kripo für Kapitaldelikte und die als gewerbsmäßig erachteten Delikte zuständig. Spektakuläre Erfolge waren aufgrund der Aufgabenverteilung den Kollegen der zentralen Kriminalitätsbekämpfung gegönnt. Daraus ergaben sich für die Revierkriminalisten Motivationsprobleme. Gleichgültigkeit und Unlust waren verständliche Folgen des Gefühls, im Schatten zu stehen und undankbare Kleinarbeit zu leisten. Ähnliche Probleme sollten die BeamtenInnen der dezentralen Sachbearbeitung 70 Jahre später wieder haben. Allerdings wurde durch die Auflösung der örtlichen und bürgernahen Kriminalreviere 1934 festgestellt, daß nicht nur die Aufklärung von Kapitalverbrechen, sondern auch andere Ermittlungen erschwert wurden.

Die Schwerpunktsetzung kriminalpolizeilicher Arbeit richtete sich nach den Interessen des Bürgertums. Darauf ist der Vorrang zurückzuführen, den die Kripo der Verfolgung von Eigentumsdelikten zukommen ließ. Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß in Berlin erst 1902 eine Mordkommission eingerichtet wurde.

Datensammlungen und Kriminaltechnik

Aus dem Aufbau und den einzelnen Spezialgebieten ergaben sich Informationsprobleme, so daß Tatzusammenhänge nur erschwert festzustellen waren. Dieses Defizit sollte durch interne Informationsblätter und tägliche Frühbesprechungen verringert werden. Zum Informationsaustausch gehörten auch die 1927 flächendeckend eingeführten Personenakten der Kripo. Mit ihnen wurde der Grundstein zur umfangreichen Datensammlung über jene Personen gelegt, die die Kripo interessierten. Neben den Fin-

gerabdrucksammlungen dienten die Personenakten der Verdachtsuntermauerung. Daraus ergaben sich stigmatisierende Folgen für die Betroffenen. Die Aufnahme in die Datensammlungen ging mit der Unterstellung einer „Gefahr der Rückfälligkeit“ und „Verbrecherneigung“ einher. Die Zahl der im „Verbrecheralbum“ erfaßten Personen stieg von 1920 auf 1932 von 26 206 auf 48 988 Personen. Gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der von Zeugen anhand des „Verbrecheralbums“ identifizierten Täter nur geringfügig von 21,2 auf 24,1 Prozent. Im gleichen Zeitraum wurde die Fingerabdrucksammlung der Berliner Polizei mehr als verdoppelt. Einheitlich wurden die Fingerabdrücke von „Zigeunern“, ausgewiesenen und straffällig gewordenen Ausländern“, Personen, deren Identität nicht feststand, sowie „von Menschen, die nach Meinung der Kripo als gewohnheits- oder gewerbsmäßige Verbrecher zu erachten waren“, aufgenommen. Die wachsende Zahl der Daten machten die Sammlungen immer unübersichtlicher und dadurch weniger brauchbar. Dies führte, beschränkt auf eine pragmatische und technokratische Ebene, zu einer Rationalisierung und Modernisierung des polizeilichen Bürowesens. Der Sinn der übermäßigen Datensammlung wurde kaum in Frage gestellt.

Obwohl die Möglichkeiten der kriminalwissenschaftlichen und kriminaltechnischen Beweisführung wuchsen, galten die kriminalpolizeilichen Vernehmungen von Zeugen und Verdächtigen als die wichtigsten Untersuchungshandlungen. Dies führte zu zermürbenden Vernehmungszeiten oder auch zu anderem unzulässigen Druck. Zum Ende der Weimarer Republik häuften sich die Fälle, in denen Angeklagte unter Hinweis auf unzulässigen Druck Geständnisse widerriefen. Wie heute reagierten die damaligen Ermittler „erregt“ auf Mißhandlungsvorwürfe. Ein Umdenken wurde durch die Kritik bei den Kriminalisten nicht erreicht. Statt dessen kritisierten die Fahnder die Hürden, die ihnen der Rechtsstaat auferlegte. Bereits 1920 forderte Heindl die Abschaffung bestimmter Rechtsweggarantien für die Gruppe der mehrfach rückfällig Gewordenen. Demzufolge blieb die polizeiliche Kritik an der Rechtsprechung nicht aus. „Tagtäglich sieht der Kriminalist in Hauptverhandlungen, wie sein stolz und anscheinend sicher aufgebautes Indiziengebäude zusammenfällt.“

Der zunehmenden Spezialisierung der Kripo konnte die Staatsanwaltschaft aus personellen und organisatorischen Gründen nicht standhalten. Dementsprechend wurde die Kontrolle ihres Hilfsorgans Kriminalpolizei schwieriger. Daneben sah sich die Kripo mehr und mehr der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung verpflichtet und forderte deshalb die Autonomie von der Staatsanwaltschaft. Mit der Beanspruchung

präventiver Aufgaben sollten sich schrankenlose Kompetenzen eröffnen.

Die Kripo im Dritten Reich

„Die Machtübergabe an die Nazis erfüllte nicht nur die Hoffnungen der NS-Aktivisten in der Kripo, sondern traf auch bei der großen Gruppe konservativ und deutschnational eingestellt höherer Kriminalbeamter auf Sympathie.“ Bereits im Dezember 1932 hatten die Anhänger des Nationalsozialismus bei den höheren Kriminalbeamten in Berlin die Mehrheit. Berliner Kriminalbeamte sollten in den folgenden Jahren auch die Schlüsselpositionen der Kripo im Nazi-Deutschland besetzen. Bereits 1933 wurde eine Vielzahl der kriminalpolizeilichen Forderungen umgesetzt. So wurden die planmäßige Überwachung, die Sicherungsverwahrung und Vorbeugungshaft eingeführt. Sehr schnell wurden auch öffentlich Konzentrationslager für Berufsverbrecher gefordert. Mit der Naziherrschaft schien sich die Vision der Kripo von der Eliminierung des Verbrechens realisieren zu lassen. Aus der praktizierten Kriminalprävention ergab sich, daß die Kripo eine justitielle Rolle übernahm. Für die Beweisführung sollten die Einschätzungen und Behauptungen der Kriminalbeamten ausreichen, um Menschen ins Elend zu stürzen. Mit Hilfe der gleichgeschalteten Presse des Nationalsozialismus ließ sich ein „bis heute im deutschen Alltagsbewußtsein konserviertes“ Bild von ständig sinkender Kriminalität zeichnen. Dabei wurden die Straftaten von Staats wegen geflissentlich ausgelassen. Trotzdem mußte die Kripo zugeben, daß sie die Kriminalität nicht auslöschen konnte, was noch härtere Repressionen nach sich zog.

Der Machtkampf um die Polizeigewalt wurde 1936 von Heinrich Himmler mit „seiner“ SS entschieden, als er zum Chef der Deutschen Polizei ernannt wurde. Gleichzeitig wurde Reinhard Heydrich Chef der Sicherheitspolizei, in der Gestapo und Kripo zusammenarbeiteten. Fortan fand eine gemeinsame Ausbildung von Angehörigen der Kripo und Gestapo statt. 1938 nahm das Kriminaltechnische Institut seine Arbeit im Reichskriminalpolizeiamt auf. Die Verbesserung der Beweisführung hatte dabei nur eine marginale Bedeutung. „Fortschritte“ wurden in bezug auf den Völkermord erzielt, indem das Institut 1939 den Massenmord durch Kohlenmonoxid entwickelte und sich bei der Einschmelzung von Zahngold engagierte. Die Konkurrenz zwischen Gestapo und Kripo äußerte sich vor allen Dingen im Bemühen der beiden Sparten, sich im „Pflichtbewußtsein“ und in der Radikalität gegenseitig zu übertrumpfen, und ist nicht auf das unpolitische Vorgehen der Kripo zurückzuführen. Daraus resultierte eine verschärzte Verfolgung von Schwulen, Frauen, die eine Schwangerschaft abgebrochen hatten, oder Juden, die Beziehungen zu nichtjüdischen Deutschen hatten.

Selbst bei der Deportation von Juden arbeitete die Kripo mit der Gestapo zusammen.

Mit der Zentralisierung der Kripo wurde die Kriminalprävention weiter verschärft. 1937 waren 8600 Menschen in Sicherungsverwahrung und Vorbeugungshaft genommen worden, die zum Wachstum der Konzentrationslager beigetragen mußten. Mit den Jahren 1937/38 war eine „Verzahnung kriminalpräventiver Ziele mit den Interessen des auf Expansion angelegten KZ-Systems“ zu sehen. Die Volksgemeinschaftsutopie der Nazis führte zu einer Ausweitung der Vorbeugungshaft, durch die die als asozial Klassifizierten interniert wurden. Durch „eine qualitative Neuorientierung der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ wurde erreicht, daß „Berufs-“ und „Rückfalldelinquenz“ als genetisch verursachtes Phänomen interpretiert wurde. Ein Glaube, der in den Anfängen der bundesrepublikanischen Kripo beispielsweise in bezug auf die Delinquenz von Sinti und Roma ebenfalls noch vertreten wurde.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden Beamte zu den Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei, zur Gestapo und zur Geheimen Feldpolizei der Wehrmacht abkommandiert. Damit waren sie aktiv an der Bekämpfung von Partisanen, der Deportation und Ermordung von Juden beteiligt. Der kriminalpolizeiliche Personalmangel führte zusammen mit den neu entstandenen Kriegsdelikten, wie z.B. Fahndung nach Kriegsflüchtlingen, Verfolgung von Privatschlachtungen oder Identifizierung von Bombenopfern, im eigenen Land zu einer Überforderung der Kriminalpolizei. Viele der von Kriminellen gesäuberten Volksgemeinschaft wurden in den Kriegsjahren selbst kriminell. Das führte seit 1943 zu einem Kollaps der Strafverfolger, der nicht etwa zu einem Umdenken beitrug, sondern die Maßnahmen der Kriminalprävention wurden nochmals verschärft. Das zeigt, wie sehr die Kriminalpolizei das Denken und Handeln der Nazis bis zum bitteren Ende verinnerlicht hatte. „In den letzten Wochen des Krieges gehörten vielerorts Kripobeamte zu den mobilen Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei, die noch kurz vor Toresschluß Tausende von politischen Gegnern und Zwangsarbeiter ermordeten.“

Statt aus der Geschichte zu lernen, versuchte die Kriminalpolizei in den 50er Jahren die Wiedereinführung der Vorbeugungshaft und plannmäßigen Überwachung, Maßnahmen, die heute wenn auch in abgeschwächter Form nach den neuen Polizeigesetzen wieder möglich sind. Das stigmatisierende Vorgehen der Kripo fand somit kein Ende. Damit wurde letztendlich verhindert, daß den Opfern kriminalpolizeilicher Willkür eine Wiedergutmachung zukam. (gekürzt)

„Volksgemeinschaft ohne Verbrecher“ von Patrick Wagner, Hans Christians Verlag Hamburg, ISBN 3-7672-1271-4, 545 S., 68.- DM

Einladung

Linke Sommerschule 1997 in Schnepfenthal

Wann und wo ?

Zum elften Mal findet die von der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS getragene Linke Schule statt. Interessierte sind herzlich eingeladen. Die Kurse beginnen am *Donnerstag, den 31. Juli*, um 14.00 Uhr und enden am *Sonntag, den 3. August*, gegen Mittag, so daß Anreise und Abreise am Donnerstag bzw. Sonntag möglich.

Wie stets findet die Schule im Hotel Hermannstein, Am Hermannstein 12 (Tel. 0 36 22 / 29 17) statt, zu erreichen: mit dem Auto von der A4 die Abfahrt Waltershausen und etwa 6 km in Richtung Friedrichroda fahren; in Schnepfenthal nach der Bahnschranke die Hinweisschilder auf „Hotel Hermannstein“ beachten. Mit der Bahn: Schnepfenthal hat einen eigenen Bahnhof, die Bahn gibt Auskunft. Vom Bahnhof Schnepfenthal sind dann noch etwa 900 m zu laufen.

Die Unterbringung erfolgt in Bungalows in Zweibettzimmern. Die Kosten für die Übernachtung plus Vollpension betragen 57 DM (Einzelzimmerzuschlag 8 DM) pro Tag.

Anmeldungen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- aus den westlichen Bundesländern bei: Jörg Detjen, c/o GNN Köln, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. (02 21) 21 16 58; Fax (02 21) 21 53 73;
- aus den östlichen Bundesländern bei: Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 08549 Gera, Tel. (03 65) 7 10 19 88.

Wir bitten um möglichst schnelle (verbindliche) Anmeldung

Die Kurse

Arbeitsgruppe Geschichte

Thema dieses Mal: „*Macht und Gewalt*“, wir lesen und diskutieren die gleichnamige Schrift von Hannah Arendt, Serie Pieper, 14,90 DM, ISBN 3-492-20001-x, Seite 7 bis 59

In die Diskussion werden Kurvvorträge aus dem Buch *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Hannah Arendt, Kapitel III, Totale Herrschaft, mit einfließen.
Serie Pieper ISBN 3-492-21032-5.

Weitere Quellenhinweis:

Elisabeth Young-Bruehl, *Hannah Arendt*, Tischer Taschenbuch, ISBN 3-596-10531-5

Hannah Arendt mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten von Wolfgang Heuer. Rowolt-Verlag, ISBN 3-499-50379-4

Arbeitsgruppe Wirtschaft

Über Texte von Max Weber (*Wirtschaft und Gesellschaft*), Sombart (über den Unternehmer) und Bourdieu und mit der

aktuellen Frage Euro und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion will sich die AG-Wirtschaft mit dem Thema „*Wirtschaftliche Interessen, soziale und politische Formierung und staatliche Intervention*“ befassen.

Der bisher geplante Ablauf ist:

Donnerstag nachmittag: Alternatives Wirtschaften, „Wirtschaft von unten“, Kritik der Globalisierungspropaganda: aus der Diskussion und den Ergebnissen der letzten PDS-Konferenzen zu diesem Thema.

Freitag: Euro und Europäische Währungsunion: Kritik der Theorie des „optimalen Währungsraumes“ und Diskussion der Positionen der PDS zu Euro und Währungsunion.

Freitag/Samstag/Sonntag vormittag: „*Wirtschaftliche Interessen, soziale und politische Formierung, staatliche Intervention*“ Lektüre und Diskussion von Texten von M. Weber, Sombart, Bourdieu.

Arbeitsgruppe Philosophie

Auseinandersetzung mit Hegel: Im Sommerkurs 1996 befaßten wir uns mit dem Antisemitismus und anderen völkischen Ideologien, die bei der Herausbildung der deutschen Nation eine wesentliche Rolle spielten. Die Diskussion führte uns zu der Auffassung, daß die Auseinandersetzung mit Hegel zum Verständnis der Denkvorgänge, die das deutsche (Staats)Wesen beseelen, helfen könnte. Nachdem wir uns im Winterkurs 1996/97 zunächst vor allem mit Aristoteles befaßten, um auf die Denkwerkzeuge zurückgreifen zu können, die Voraussetzung für die Rationalisierung von Herrschaft waren und derer sich Hegel und seine Zeitgenossen wie selbstverständlich bedienten, wollen wir uns jetzt Hegel selbst zuwenden. Die Auswahl der gemeinsam zu lesenden und diskutierenden Texte ist noch nicht abschließend geklärt, wird aber auf folgende Schriften zurückgreifen:

- *Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte* (I, Die Vernunft in der Geschichte); wir empfehlen, wenn möglich, das Buch zur Vorbereitung zu lesen; Voraussetzung ist es nicht;
- *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften*; Gesichtspunkte: Staat und Gesellschaft, Person und Staat;
- *Phänomenologie des Geistes*; Gesichtspunkt: Subjekt und Prädikat;
- *Grundlinien der Philosophie des Rechts*; Gesichtspunkte: Legitimation von Recht und Strafen als wesentlicher Staatstätigkeit.

Die gesamte Seitenzahl wird jedoch 80 bis 100 Seiten nicht überschreiten. Die Texte werden kopiert vorliegen.

Neu im Filmverleih - Neu im Filmverleih -



BUSINESS AS USUAL

oder

DIE ARROGANZ DER MACHT

Shell und Nigeria - Ein Jahr nach der Ermordung von Ken Saro-Wiwa

Nach der Hinrichtung des nigerianischen Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten Ken Saro-Wiwa und acht weiterer Angehöriger des Ogonivolkes durch die Militärdiktatur General Sani Abacha am 10. November 1995 geriet auch der Ölmulti Shell international ins Kreuzfeuer der Kritik. Rücksichtslose Umweltzerstörung durch die jahrzehntelange Ölförderung im Nigerdelta, Zusammenarbeit mit dem Militärregime bei der Besitzelzung und Unterdrückung Oppositioneller, Waffenkäufe und Zeugenbestechung sind nur einige der Vorwürfe, die den Konzern zunehmend unter Druck bringen.

Zum 1. Jahrestag der Hinrichtungen demonstrierten auch in der Bundesrepublik Tausende von Menschen in über 40 Städten vor Shell-Tankstellen und -Einrichtungen gegen die anhaltende Zusammenarbeit mit einer der brutalsten Militärdiktaturen der Welt und die Manöver des Konzerns, sich der Verantwortung für die Umweltkatastrophe im Ogoniland und anderen Teilen des Nigerdeltas zu entziehen. Ein Jahr nach der Hinrichtung der Aktivisten der „Bewegung für das Überleben des Ogonivolkes“ – und während weitere 19 Inhaftierte unter unmenschlichen Bedingungen und unter derselben konstruierten

Anklage wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung „gemäßiger Ogoniführer“ auf ihrem Schauprozess warten – lautet die Devise für Shell nach wie vor: „Business as usual“. Kritiker werden denunziert, die Öffentlichkeit wird getäuscht und dieselben Millionen, die den Ogoni als Wiedergutmachung für die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen nach wie vor verweigert werden, fließen in aufwendige PR-Kampagnen, mit denen Shell sein Image des „unpolitischen Wirtschaftsunternehmens“ wieder aufzupolieren versucht.

Der Film zieht Bilanz, beschreibt die „nigerianischen Verhältnisse“, lässt einen Vertreter der MOSOP, einen Nigeriakenner und Freund Ken Saro-Wiwas, Anti-Shell-DemonstrantInnen, Menschenrechts- und Umweltorganisationen zu Wort kommen, durchleuchtet die Manipulationstaktik des Ölgiganten und stellt fest: Nichts hat sich geändert – und Shell am allerwenigsten.

Produktion: gruppe 2
in Zusammenarbeit mit
AutorInnenkollektiv,
60 Min., Farbe/sw,
deutsche Fassung
© 1997

Im Verleih als VHS- oder S-VHS-Cassette

Leihgebühr für 14 Tage incl. Versand: DM 50.00 (VHS) bzw. DM 60.00 (S-VHS)
Kaufcassette: DM 120.00 (VHS), bzw. DM 150.00 (S-VHS)

Bestellungen:

gruppe 2 - Fasanenstr. 142 - D-82008 Unterhaching

Tel.: 089/6116216, Fax: 089/6116247; e-mail: (compuserve) 101727,2454

8./9.Juli: NATO-Gipfel in Spanien beginnt mit der „NATO-Osterweiterung“

31. 7.-3. August: Linke Sommerschule in Schnepfenthal

26.August-1. Sept.: Europäischer Friedenszug von Brüssel nach Diyarbakir. Infos bei: Appell von Hannover, Postfach 35, 61445 Oberursel, Tel. 06171/981348

29.-31.August: UZ-Pressefest, Dortmund.

21. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

20./21. September: Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.

26.-28. September: Internationale Che-

Guevara-Konferenz in der Humboldt-Universität in Berlin. Infos über Cuba Si, Reinhard Thiele, 030/24009455, Fax 030/24009409.

27./28. September: Grüner Länderrat in Magdeburg

11./12. Oktober: Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus.

14./16. November: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel.

Anfang Dezember tagt der SPD-Bundesparteitag in Hannover

1. März 1998: Landtagswahlen in Niedersachsen

ADRESSE AUF KLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 93 81.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart